

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse Nr. 12

Infektionspreis pro dreizehnpaltene Petitzeile 30 Pfg., für Mitgliedskarten 20 Pfg.

Mitglieder! Das Jahr geht zu Ende! Sorge schon jetzt jedes Mitglied, daß alle Beiträge bis Ende Dezember vor Jahresluß bezahlt werden.

Unsere Aufgaben im kommenden Winter.

II.

Schon seit Jahren arbeitet die Organisationsleitung systematisch dahin, die Mitglieder zu reger Mit- und Aufklärungsarbeit aufzumuntern, in der festen Ueberzeugung, daß eine Gewerkschaft nur dann erfreuliche Fortschritte machen kann, wenn die Werbe- und Agitationsarbeit nicht nur dem Vorstand und den Vertrauensleuten oder dem Zufall, daß mal eine gut besuchte öffentliche Versammlung zu stande gebracht wird, überlassen bleibt, sondern daß alle Mitglieder regen Anteil an dieser Arbeit nehmen müssen. Zu diesem Zwecke hat fast in jedem Jahre mit der Herausgabe der kleinen Agitationsbroschüren die Organisationsleitung die Anregung zur planmäßigen Werkstatt- und Hausagitation ergehen lassen; sie mußte leider aber immer dabei die traurige Erfahrung machen, daß trotz aller Anweisungen viele Verbandsorte diese Aufgabe gar nicht ernst genommen haben, und planlos mit dem Agitationsmaterial herumgeworfen haben!

Diesen Uebelstand galt es zu beseitigen, deshalb mußte ihm einmal energisch auf den Leib gerückt werden!

Deshalb ersuchte der Verbandsvorstand die Bezirke mit angestellten Bezirksführern, zunächst einmal in der Zeit vom 1. Juli bis zum 20. August dieses Jahres mit von diesen selbst herausgegebenen Flugblättern eine planmäßige Werkstatt- und Hausagitation zu betreiben. Wenn auch leider in den Bezirken Elberfeld, Saarbier (in diesem Bezirk war der Bezirksleiter zeitweilig nicht angestellt) und München diese Hausagitation gar nicht einmal in Angriff genommen wurde, und im Bezirk Leipzig dieselbe gar keine Erfolge aufzuweisen hatte, so war doch das Resultat derselben im allgemeinen ein sehr erfreuliches, denn in den 18 Bezirken wurden 4319 Bäckereien und 42 Konditoreien, in denen beschäftigt waren 6280 Bäcker, 314 Konditoren, 568 Hilfsarbeiter und 2003 Lehrlinge besucht und insgesamt 176 neue Mitglieder gewonnen. Dieselben verteilen sich auf die Bezirke wie folgt:

Im Bezirk Bad Reichenhall wurden 3 neue Mitglieder gewonnen, in Berlin 18, Bielefeld 2, Bochum 2, Breslau 2, Köln a. Rh. 1, Danzig 3, Dresden 6, Frankfurt a. M. 9, Freiburg i. Br. 3, Hamburg-Altona 61, Hannover 3, Magdeburg 13, Mannheim 14, Nürnberg 20, Stuttgart 7 und in Wiesbaden-Mainz 9.

Zieht man in Betracht, daß diese Agitation in die flaueste Zeit des Jahres fiel, in der sonst stets die Versammlungen recht schwach besucht sind, und in der in anderen Jahren immer nur recht wenig Neuaufnahmen zu verzeichnen waren, so war der Erfolg wohl ein sehr erfreulicher zu nennen. Dieser Erfolg wurde noch durch den Umstand wesentlich erhöht, daß diese Agitation es mit sich brachte, daß die nächsten Versammlungen überall außerordentlich zahlreich besucht waren. Daneben war manches Mitglied wieder aufgefunden worden, das erst zugereist oder aus anderen Gründen mit den Beiträgen lange im Rückstande war, und nun veranlaßt werden konnte, seine rückständigen Beiträge nachzubehalten. So äußerte sich auch der Erfolg dieser Agitation in den für den Monat August einlaufenden Abrechnungen von den Zahlstellen, die alle sehr gut und durchweg bedeutend besser ausfielen, als es in den Vormonaten der Fall war.

Dieser Agitation in den Bezirken mit angestellten Bezirksleitern folgte in der Zeit von Ende August bis

15. Oktober eine neue Werkstatt- und Hausagitation, die in allen Verbandsorten betrieben werden sollte. Zur Einleitung derselben war in 50 000 Exemplaren die Agitationsbroschüre: „Ich werde doch bald selbständig“ den Verbandsorten zugesandt, und sollte diese überall an alle am Orte oder in dem Bezirke arbeitenden Bäcker und Konditoren verbreitet werden, soweit dieselben in den handwerksmäßigen Betrieben beschäftigt sind, während die Hausagitation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie, wie in den Lebkuchen- und Kakesfabriken erst für später in Aussicht genommen wurde.

Die Agitation unter den Kollegen der Kleinbetriebe ist nun beendet, und schon heute kann gesagt werden, daß auch sie von außerordentlich erfreulichen Erfolgen begleitet war, wenn auch zu bedauern ist, daß eine große Anzahl Verbandsorte die Berichte bis zur Stunde, wo wir dieses schreiben, noch nicht eingesandt haben. Von diesen Orten ist wohl zu vermuten, daß in der Mehrzahl derselben gar nichts in der Agitation unternommen wurde, oder man hat auch dort wieder in den Versammlungen planlos mit den Agitationsbroschüren herumgeworfen, oder aber die Bezirksvertrauensleute haben an die Vorstände der Zahlstellen ihre Berichte noch nicht abgegeben. (Darunter sind die Zahlstellen mitenthalten, in denen es in bezug auf Pünktlichkeit an nichts weniger als an allem mangelt, denn sie sind auch regelmäßig in den monatlichen Mahnungen des Hauptkassierers mit zu finden, weil sie ihre Abrechnungen nicht pünktlich einsenden!) Einige dieser Verbandsorte werden wohl das Resultat der Agitation noch an die Hauptverwaltung berichten, wie auch andere Orte, die berichtet haben, bekannt geben, daß dieser Bericht nur ein Teilergebnat war; aber die Verbandsleitung konnte nicht auf die Berichte der säumigen Zahlstellen warten.

Berichte haben bis zur Stunde noch nicht eingesandt: Alfeld, Amberg, Apolda, Bant-Wilhelms-haven, Bahreuth, Celle, Colmar, Cottbus, Duisburg, Elberfeld, Elmshorn, Eisenach, Erfurt, Freiburg i. Br., Gießen, Grünhainichen, Hagen, Halberstadt, Harburg, Herford, Hof, Jena, Karlsruhe, Königsberg i. Pr., Kronach, Leisnig, Leipzig Löbnitz, Lörrach, Marburg, Meß, Mühlhausen i. G., Neumünster, Nordhausen, Pirmasens, Pöbner, Ratibor, Regensburg, Reichenbach i. W., Remscheid, Schwennungen, Segeberg, Solingen, Stadthagen, St. Johann, Straßburg, Straubing Tangermünde, Traunstein, Biersen, Waldenburg, Weimar, Wernigerode, Wittenberg, Würzburg. — Die Mitglieder in diesen Verbandsorten sollten sich auch ein wenig mehr darum kümmern, daß die Verbandsgeschäfte mit der nötigen Pünktlichkeit und Exaktheit ausgeführt werden.

Ohne Erfolg (es wurden keine Neuaufnahmen von Mitgliedern dabei erreicht) verlief die Agitation in Altenburg, Arnstadt, Bernburg, Biberach, Bielefeld, Bochum, Brandenburg, Gera, Hildesheim, Ilmenau, Lüneburg, Mainz, Meuß a. Rh., Plauen i. V., Rosenheim, Schweinfurt, Schwerte, Stendal, Thale, Weiskammer, Wolfenbüttel, Zeitz und Zwickau.

Neue Mitglieder wurden gewonnen: In Augsburg 2, Bad Reichenhall 4, Berlin-Potsdam 15, Braunschweig 11, Bremen 7, Bremerhaven 5, Danzig 3, Darmstadt 2, Dessau 2, Dortmund 1, Dresden 2, Düsseldorf 4, Essen 8, Eßlingen 1, Forst 1, Frankfurt a. M. 31, Gotha 1, Görlitz 19, Halle 6, Hamburg-Altona 47, Hanau 1, Hannover 1, Homburg 3, Kaiserslautern 2, Kiel 5, Köln-Coblenz 11, Landsberg 5, Landshut 10, Lützenwalde 1, Lübeck 2, Magdeburg 7, Mannheim 25, Meuselwitz 3, München 67, Nürnberg-Fürth 33, Oibernhau 1, Oldenburg 2, Passau 2, Rostock 2, Rudolstadt 2, Schmölln 2, Schönebeck 4, Schwabach 2, Spremberg 1, Suhl 2, Stettin 9, Striegau 4, Stuttgart 8, Weifenfels 3, Wiesbaden 2.

Das sind zusammen 417 neugewonnene Mitglieder, unter denen sich 20 Konditoren und 7 Hilfsarbeiter befinden.

Die Agitation hat also recht erfreuliche Erfolge gezeigt und fernerhin auch dazu beigetragen, in den meisten Verbandsorten die jetzt stattgefundenen Versammlungen sehr gut besucht zu machen.

Nun liegt es zunächst an unseren Mitgliedern, welche sich dieser Agitation unterzogen haben, daß sie mit den neugewonnenen Mitgliedern in reger Fühlung bleiben, um dieselben in jeder Beziehung zu rührigen Mitkämpfern unserer Sache zu machen. Ferner ist es notwendig, daß die vielerlei Verbindungen, welche unsere Pioniere bei dieser Agitation mit Unorganisierten, welche versprochen, sich erst später zu organisieren, angeknüpft haben, aufrecht erhalten werden. Schon dadurch bietet sich genug weitere Gelegenheit zur Agitation für die nächsten Wochen.

Außerdem ist aber Ende September nach den betreffenden Industrieorten auch die Agitationsbroschüre: „Ein Wort zum Nachdenken“ in 30 000 Exemplaren gesandt worden. Diese soll zur planmäßigen Hausagitation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie wie der Lebkuchen- und Kakesfabriken verwendet werden. Wird auch sie mit der nötigen Exaktheit ausgeführt, so ist wohl zu hoffen, daß wir auch unter diesen so sehr geknechteten und entrechteten Proletarierscharen dieser Fabriken manchen Kollegen und manche Kollegin zum Nachdenken über ihre oft so traurige Lage und sie zur Bestimmung auf sich selbst bewegen, sie der Organisation als Mitglieder zuführen können.

Von der Hauptverwaltung der Organisation kann solche Agitation nur in gewissen, ziemlich weit auseinanderliegenden Perioden, im allgemeinen wohl im Jahre höchstens einmal, angeregt werden. Aber in der Zwischenzeit dürfen unsere Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder nun nicht etwa untätig sein, sondern sie müssen zunächst einmal alles aufbieten, die neugewonnenen Mitglieder der Organisation zu erhalten und sie zur regelmäßigen Pflanzenerfüllung in der Organisation zu erziehen. Ferner ist es aber auch dringend notwendig, daß diese Art der mündlichen Agitation in allen Verbandsorten auch ohne besondere Anregung der Hauptverwaltung weiter fortgesetzt wird. Geschieht das, so wird sie uns auch ferner weitere neue Anhänger und Mitglieder bringen.

Daneben haben wir gerade jetzt noch zur Ausfüllung der versandten Fragebogen und Lohnlisten, die bis 20. No-

bember eingefandt sein sollen, die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben zu erforschen. Und auch die Umsätze an Brot und Backwaren in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien sollen vom letzten Geschäftsjahr festgestellt werden.

Also an Arbeit, die fortwährend eine rege Fühlungnahme mit den Kollegen und Kolleginnen bedingt, fehlt es wahrhaftig nicht. Nur müssen wir dabei noch einmal energisch an alle unsere Mitglieder den Appell richten: recht eifrig sich an diesen Arbeiten zu beteiligen, die im Interesse der Gesamtheit unserer Kollegen in der nächsten Zeit erledigt werden müssen!

Die Zeit der Wirtschaftskrise, in der wir uns jetzt befinden, und besonders der Winter, der die Kollegen und Kolleginnen in die Versammlungen treibt, müssen energisch ausgenutzt werden, unsere Waffen im Kampfe zu stärken, die Organisation durch Gewinnung neuer Mitglieder zu stärken und dieselbe in ihren inneren Einrichtungen in jeder Beziehung auszubauen, damit wir dann den uns bevorstehenden schweren Kämpfen zur Verbesserung unserer Lage, die wieder einsehen müssen, sobald die Wirtschaftskonjunktur eine bessere wird, in jeder Weise gerüstet entgegengehen können.

Und noch eins! Seit Jahren haben die Führer der Organisation mit Bedauern immer wieder die Tatsache konstatiert, daß mit der Ausbreitung der Organisation leider die Heranbildung von zuverlässigen jüngeren intelligenten Kollegen zur Führerschaft in der Organisation nicht gleichen Schritt hält. Jedes Jahr im Herbst hat die Organisationsleitung erneut die Anregung hinausgehen lassen, nun wieder die Zeit auszunutzen, um junge und intelligente, vielleicht auch rechnerisch begabte Mitglieder im kleineren Kreise, in regelmäßigen Sitzungen der Vertrauensleute oder in Diskutierklubs zur Uebernahme von Vertrauensposten in der Organisation vorzubereiten. Nicht überall wurde der gewünschte Erfolg durch Ausführung dieser Anregung erzielt, aber in einzelnen Verbandsorten, wo den Lernenden auch die dazu befähigten Lehrer unter den Kollegen zur Verfügung standen, waren schöne Erfolge aufzuweisen. Und auch dieses Gebiet darf nicht aus den Augen gelassen werden, vielmehr sind auch hierin die als gut erprobten Mittel weiter anzuwenden. Erfreulicherweise sind ja in allen Städten mit bedeutender Arbeiterbewegung heute von Gewerkschaften und Partei Bildungskurse eingerichtet worden, zu deren Teilnehmern auch überall aus unseren Reihen tüchtige Schüler gestellt werden müssen.

Immer größer werden die Anforderungen, welche in bezug auf Wissen die Arbeiterbewegung an ihre Führer stellt; deshalb muß man jede Gelegenheit ausnützen, sein Wissen zu bereichern!

der Zahlstellen, die einen Rückgang zu verzeichnen haben, mit mehr Eifer und Ernst an dem Ausbau der Organisation am Ort gearbeitet worden wäre. An die Verwaltungen dieser Zahlstellen sei zum Schluß vor allem die Mahnung gerichtet,

auch ihrerseits mit allen Kräften und regem Interesse an der Ausbreitung des Verbandes mitzuarbeiten; denn das geschieht, werden wir noch größere Erfolge als im verfloffenen Quartal zu verzeichnen haben!

Mitgliedschaften	1903		1904		1905		1906		1907		1908		1908		1908		
	Durchschnittl. pro Quartal	Aufn. Beitr.	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	Aufn. Beitr.	Aufn. Beitr.	Aufn. Beitr.									
Gau Berlin.																	
Berlin	216	6556	1153	17746	364	18737	466	21501	647	26360	860	29525	311	28354	467	31154	
Brandenburg	5	160	6	309	6	406	5	332	3	873	1	884	2	407	1	437	
Breslau	25	647	38	978	33	1220	42	942	22	760	63	1080	18	1080	34	1031	
Bromberg	—	26	—	71	7	317	3	33	2	18	—	—	—	—	—	—	
Cottbus	9	181	5	266	8	337	15	538	7	378	8	332	3	102	8	219	
Danzig	—	—	24	318	15	405	55	883	49	1435	38	1339	46	1310	22	1160	
Dessau	—	—	—	—	—	—	—	—	11	406	6	571	6	531	2	598	
Fork i. d. E.	4	130	1	153	2	167	3	180	1	171	1	186	—	174	—	179	
Görlitz	—	—	13	188	24	222	4	142	4	161	37	372	10	335	29	466	
Halberstadt	—	—	3	68	10	168	7	107	10	295	9	308	3	220	1	128	
Kattowitz	13	175	13	198	15	321	18	282	7	171	—	—	—	—	—	—	
Königsberg i. Pr.	10	139	12	248	8	127	22	292	14	350	13	358	2	387	6	326	
Magdeburg	9	1303	25	1644	10	1453	22	1521	40	2642	25	3302	43	3372	52	3817	
Schönebeck	1	61	1	61	1	54	2	69	4	161	2	161	1	118	1	112	
Stendal	—	—	—	—	—	64	2	89	1	81	—	94	1	113	2	145	
Stettin	—	40	18	370	35	790	44	1169	22	1138	11	1151	11	1055	8	1140	
Striegau	—	—	—	—	—	—	—	—	2	136	2	113	2	98	4	70	
Tangermünde	—	—	—	—	—	—	—	—	13	171	1	330	3	223	4	322	
Thorn	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Waldenburg	—	—	—	—	16	165	12	147	—	—	—	—	—	—	—	—	
Weiskasser	—	—	—	—	5	130	12	140	7	180	10	229	2	138	9	169	
Summa	292	9418	1315	22608	609	25073	788	28705	878	35486	576	39871	466	38213	653	41640	
Gau Hamburg.																	
Altona	25	2900	29	3279	32	3550	28	3681	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bant-Wilhelmsb.	13	223	7	328	10	401	9	376	4	396	7	390	9	409	10	376	
Bergedorf	4	256	3	252	2	262	—	250	—	—	—	—	—	—	—	—	
Braunschweig	2	440	30	721	24	795	21	809	11	606	26	989	12	1149	17	1200	
Bremen	12	192	20	471	17	608	77	1416	41	1474	15	1871	20	1494	27	1500	
Bremerhaven	7	103	5	195	8	124	12	875	16	593	12	566	4	471	6	569	
Elmsb.	—	—	5	121	3	99	8	146	3	138	—	—	—	—	—	—	
Hamburg	94	6998	100	8665	17	9555	132	10751	211	17049	188	18891	207	17930	276	19571	
Hannover	10	327	36	783	17	693	35	867	78	2736	77	4021	84	3600	47	3990	
Harburg	7	415	7	549	9	580	11	571	6	551	5	566	25	663	4	635	
Hilbshelm	1	169	1	78	1	95	2	104	5	177	2	198	2	135	—	134	
Kiel	28	1121	29	1445	11	1186	16	1303	20	1732	11	1635	20	1724	20	2033	
Lübeck	11	1073	16	1210	7	844	8	898	8	1004	3	1124	1	1051	4	1046	
Lüneburg	1	178	3	266	2	244	6	302	4	272	5	255	1	278	1	244	
Malmo	—	—	—	—	—	—	—	—	1	96	1	105	—	109	2	130	
Neumünster	2	122	2	60	5	95	6	184	2	121	1	44	—	88	—	71	
Odenburg	1	74	4	165	4	166	7	235	3	248	4	197	2	225	2	239	
Roßlau	—	—	2	86	4	69	13	311	8	217	19	402	—	319	2	290	
Schwerin	3	84	9	218	8	250	3	208	3	142	8	160	6	234	—	125	
Segeberg	—	—	2	348	1	327	1	315	1	315	3	283	—	152	—	121	
Wilhelmsburg	3	118	2	149	5	146	4	238	—	—	—	—	—	—	—	—	
Summa	224	14773	302	19392	287	20089	394	23240	423	27927	387	31247	402	29974	418	32463	
Gau Leipzig.																	
Altenburg	2	195	4	189	3	310	1	309	1	265	3	284	1	281	2	310	
Apolda	—	—	—	—	2	80	1	100	1	213	—	335	2	262	—	294	
Chemnitz	11	304	7	264	10	379	40	628	32	1170	11	682	15	621	7	675	
Erzgebirgsh.	4	197	15	339	3	265	2	203	1	172	8	190	—	202	3	227	
Dresden	82	2983	75	3091	161	3693	60	3249	94	8765	195	14042	136	12673	88	13456	
Eisenach	—	—	—	—	1	87	—	83	—	102	—	107	1	68	4	190	
Erfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	2	133	5	178	6	203	4	168	
Gera	—	—	—	—	—	—	—	—	10	346	14	574	11	804	16	808	
Gotha	1	123	1	145	3	197	9	317	4	393	3	339	—	306	11	426	
Halle a. d. E.	5	267	9	468	6	495	10	587	20	952	13	1298	11	1137	18	1299	
Jena	—	—	2	109	2	190	5	200	4	197	4	173	2	215	—	209	
Jülich	2	135	4	228	4	298	2	282	3	267	1	282	1	258	1	293	
Leipzig	35	2443	40	2934	58	3249	73	3375	61	3634	68	4247	66	4327	42	4228	
Leisnig	—	—	1	73	—	85	1	101	1	138	—	117	1	123	—	127	
Meuselwitz	7	441	6	448	7	476	3	326	2	382	2	323	4	341	9	458	
Pirna	1	39	3	90	2	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Plauenscher Grund	13	828	5	815	22	1186	17	1266	20	1838	—	—	—	—	—	—	
Plauen i. Vgl.	6	380	6	440	3	365	3	341	8	359	8	506	2	346	3	391	
Rudolstadt	1	87	2	132	4	139	7	201	3	219	6	282	2	217	2	230	
Weißenfels	2	101	7	214	1	176	—	180	1	188	2	194	2	209	3	255	
Zwickau	—	—	—	—	10	229	11	285	4	120	—	—	—	—	—	—	
Summa	173	7733	196	9979	302	11929	263	12723	288	20070	356	25230	274	28378	314	25174	
Gau Frankfurt a. M.																	
Bieberach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	112	1	102	1	119	3	135	
Bielefeld	—	—	8	66	4	120	2	88	10	452	29	569	23	917	18	874	
Böckum	—	—	—	—	—	—	—	—	2	54	—	19	590	18	844	10	869
Bonn	—	—	—	—	2	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Cassel	35	384	14	291	10	353	23	507	21	961	6	758	32	745	14	725	
Cöln a. Rh.	23	151	65	984	62	1469	43	1404	42	1682	59	2140	56	2015	28	2036	
Cölnmar	—	—	—	—	—	—	—	—	—	58	305	4	603	19	721	2	230
Darmstadt	5	272	10	318	13	341	15	395	10	355	21	445	4	388	17	562	
Dortmund	17	409	16	440	8	381	34	583	23	1035	5	732	12	608	5	750	
Düsseldorf	21	465	38	678	20	722	24	758	16	812	10	926	13				

Hamburg, den 14. November 1908

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Zahlstelle Bielefeld teilt uns mit, daß dort in Anbetracht des Umstandes, daß die neue Konsumbäckerei bald eröffnet wird, sich acht Kollegen zur Vormerkung in den Bezirksarbeitsnachweis gemeldet haben, von denen aber auch nicht einer die notwendige Empfehlung des Vorstandes der Zahlstelle, der er angehört, beigebracht hat. Solche Gesuche müssen von den Bezirksarbeitsnachweisen unberücksichtigt bleiben, denn als Beschluß der Sitzung des Verbandsvorstandes und Ausschusses mit den Gauleitern vom 2. und 3. Oktober d. J. wurde in Nr. 43 d. Bl. folgendes veröffentlicht:

„In der Sitzung wurde auch die Frage der Bezirksarbeitsnachweise eingehend erörtert. Wenn im allgemeinen auch zugestanden werden muß, daß dieselben gut funktionieren, so sind doch gegen einzelne derselben berechtigte Beschwerden seitens der Mitglieder laut geworden. Wir verweisen deshalb nochmals darauf, daß dieselben strikte nach den Bestimmungen des im Einverständnis mit dem Tarifamt deutscher Konsumvereine vereinbarten Reglements verwaltet werden müssen.“

Wollen sich Mitglieder einer Zahlstelle in den Bezirksarbeitsnachweis eines Bezirks eintragen lassen, so können sie das nur mit einer Empfehlung seitens des Vorstandes der Zahlstelle, der sie zur Zeit angehören. Diese schriftliche Empfehlung ist dem Gesuch um Eintragung in den betreffenden Bezirksarbeitsnachweis beizulegen.

Solche Empfehlung ist seitens einer Zahlstelle einem Mitglied auch nur einmal auszustellen, damit es nicht vorkommen kann, daß sich Mitglieder gleichzeitig in mehreren Bezirksarbeitsnachweisen vormerken lassen. Die Kontrolle über die Bezirksarbeitsnachweise führen in erster Instanz die Vorstände der Zahlstellen an deren jeweiligem Vorort. Beschwerden gegen deren Entscheidungen sind beim Verbandsvorstand einzureichen.“

Die Leiter der Bezirksarbeitsnachweise, aber auch ebenso die Kollegen, welche sich in einem der Bezirksarbeitsnachweise eintragen lassen wollen, haben sich genau nach diesen Beschlüssen zu verhalten!

In der Hausagitation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen der Schokoladen-, Zuckerwaren-, Lebkuchen- und Kakaoindustrie versuchen wir alle Mitglieder, recht tüchtig mit einzugreifen und alles aufzubieten, daß diese Agitation auch von gutem Erfolge begleitet ist.

Auch bei der Aufnahme der Statistik über den Umfang der genossenschaftlichen Brotproduktion, desgleichen über die Größenverhältnisse der Bäckereien und Konditoreien und Ausfüllen der Lohnlisten aus diesen Betrieben ist eine rege Mitarbeit unserer Mitglieder dringend erforderlich, damit ein möglichst vollständiges Material aus allen Verbandsorten zusammengetragen wird. Deshalb fordern wir die Mitglieder auf, auch hierin die Vorstände der Zahlstellen und die Vertrauensleute eifrig zu unterstützen.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: D. A. I. M. A. N. N., Vorsitzender.

Quittung.

Vom 2. bis 8. November gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat Oktober: Zahlstelle St. Johan M. 149,75, Bochum 150,25, Dresden 1484,95, Altenburg 40,50, Augsburg 52, München 2794,50, Magdeburg 510,10, Essen 202,20, Bielefeld 128,40, Schönebeck 23,30, Harburg 105,40, Kaiserslautern 35,30, Hannover 685,40, Biersen 31, Stuttgart 359,50, Homburg v. d. S. 80,90, Cappel 110,30, Dortmund 111,65, Meuselwitz 68,30, Straßburg 57,50, Elberfeld 246,95, Kiel 265,10, Freiburg 90,10, Mannheim 520,15.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: J. S.: Grabow M. 13,50, R. S.-Lörrach 7,50, C. N.-Meuselbach 8,50, R. S.-Zwönitz 12,50, W. S.-Wittenberg 25, A. L.-Sonneberg 50, M. G.-Grünhainichen 19, A. M.-Northheim 5, A. J.-Wirkenfeld 2, A. D.-Königssee 18, W. J.-Sonderburg 4, C. D.-Coburg 5, C. A.-Thum 10, S. B.-Landsberg 31,50, G. G.-Zellberg 5.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenkasse: Harburg M. 4,80, Vant-Wilhelmshaven 4,80, München 4,80, Gotha 4,80, Meuselwitz 4,80; Zahlstellen: München 2,40, Essen 2, Dortmund 1; aus Hamburg: S. G. 3,60, A. M. 4,50, R. D. 2,10, A. W.-Würgsburg 3.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Aus den Bezirken.

Bremen. Die Adresse des Vorsitzenden ist nunmehr: C. Kassen, Gewerkschaftshaus, Faulenstr. 58/60. Für den genossenschaftlichen Bezirksarbeitsnachweis muß obige

Adresse auch benutzt werden. Der Arbeitsnachweis der Mitglieder befindet sich gleichfalls jetzt im Gewerkschaftshaus, 1. Et., Zimmer 8, täglich nachm. 1½ bis 3½ Uhr. Ebenso sind alle Organisationsangelegenheiten dort um die festgesetzte Zeit zu erledigen.

Sterbetafel.

Hannover-Linden. Am 3. November verstarb Frau Minna Grahn, 20 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Lassen sich das die süßen Sirische gefallen? Die Abgeordneten Kopsch und Mugdan, die beiden freisinnigen Größen im Parlamente, haben sich, wie wir an anderer Stelle dieser Nummer berichten, in der Protestversammlung der Berliner Bäckermeister gegen die präzise Durchführung der Polizeiverordnung auf den Standpunkt der revolutionierenden Bäckermeister gestellt und somit dokumentiert, daß ihnen allerdings das Wohl der Hausbesitzer und Bäckermeister, nicht aber das Wohl der Arbeiter Interesse einflößt. Wir werden nun einmal sehen, ob unsere süßen Sirische ihre freisinnigen Schutzpatrone dafür „hochnehmen“, wie man zu sagen pflegt, oder ob sie deren Stellungnahme ganz selbstverständlich halten und sich dieselbe ruhig gefallen lassen. Insbesondere wäre doch wohl der Stolz und die Stütze des ganzen „großen“ Gewerkschafts der Konditoren, Bäcker, Müller und verwandten Berufe, der Berliner Ortsverein III (Badgehülften), unter Führung des Herrn Kollegen Rudolph berufen, den freisinnigen Parteifreunden auf das Dach zu steigen. Oder gelten dem Kollegen Rudolph die Interessen der Badgehülften nicht so viel? Er hat doch sonst die Kellertöcher immer so trefflich zu kritisieren verstanden!

Das „National“ tut's nicht allein! Die Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des „Verbandes selbständiger deutscher Konditoren“, welche am 21. Oktober in Berlin tagte, beschäftigte sich mit einem Schreiben des „Nationalen Konditor-Gehülfenvereins Charlottenburg“, den „Halleischen Rufen“, in bezug auf die Stellenvermittlung. Die Herren Selbständigen haben in ihrem Protokoll über die Sitzung das Unvermögen der braven Nationalen mit folgender kurzen Bemerkung abgefertigt: „Ein Schreiben vom Konditor-Gehülfenverein in Charlottenburg kann insofern keine Beachtung finden, da der Verband sein Stellenvermittlungsbureau besitzt. Eine derartige Antwort ist abzugeben.“

Daß die Selbständigen ein eigenes Bureau besitzen, haben die Halleischen natürlich so gut gewußt wie jene selber, aber sie hofften wieder einmal, kraft ihrer guten Gesinnung und des Umstandes, daß sie bei jeder Gelegenheit betonen, zwischen ihnen und den „Anhängern der roten Kirche“ sei eine scharfe Grenzlinie zu ziehen, auf etwas Entgegenkommen bezüglich einer gemeinsamen Stellenvermittlung. Doch auch diese Abweisung wird die Führer der Nationalen noch lange nicht zu der Erkenntnis bringen, daß unserer Weisern genau so gut wie allen anderen Unternehmern nur eine geschlossene Einheit imponiert und daß diese in Wirklichkeit auf „Gesinnung“ pfeifen. Wie schlaue die Berliner Selbständigen gegen jeden Fortschritt ankämpfen, zeigt sich auch in ihrem Vorgehen gegen die Forderung der sechsstündigen Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen, über welches in obiger Sitzung gleichfalls berichtet wird. Die Berliner Innung hat bei dem Berliner Polizeipräsidenten nämlich eine achtstündige Sonntagsarbeit in Vorschlag gebracht! Herr Paul Richter berichtet über eine Konferenz auf dem Polizeipräsidentium, worüber es wie folgt heißt:

„Zu dieser Konferenz waren vom Präsidium die Herren Schilling, Tschow, Gumpert, Hillbrich, Richter, Fluß und verschiedene andere Herren geladen und aufgefordert worden, sich dazu zu erklären. Während mehrere der geladenen und erschienenen Herren für eine längere Arbeitszeit als zehn Stunden sich aussprachen, erklärte der präsidierende Herr Gewerberat, daß an eine Erweiterung der Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen nicht zu denken sei. Er könne dies auch dem Herrn Minister nicht vorschlagen. Wenn auch die von den Gehülften geforderte sechsstündige Arbeitszeit nach seiner Meinung nicht annehmbar erscheine, so stehe er doch auf dem Standpunkt, daß nach Anhörung verschiedener Vereinigungen eine achtstündige Arbeitszeit genügen würde und diese (acht Stunden Sonntagsarbeit) würde auch der Herr Minister genehmigen. Ueber den Beginn der Sonntagsarbeit war man auch verschiedener Meinung — während ein Teil der Anwesenden für 12 Uhr nachts war, wünschte der andere Teil 2 Uhr. Für zwölf Sonntage im Jahre wurde eine längere Arbeitszeit erwünscht, ebenso auch für Charfreitag, Silvester usw. Der Herr Gewerberat versprach dann noch, den Gehülftenauschuß darüber zu hören.“

Die Herren Meister haben es also schon heute so gut wie gewiß in der Tasche, daß eine mindestens achtstündige Sonntagsarbeit durch Verordnung festgelegt wird. Ein Zustand, der gegenüber den jetzigen Berliner Verhältnissen nur einen winzigen Bruchboden eine kleine Besserung schafft. Wie weit die Unverfrorenheit der Arbeitgeber geht, sieht man am besten daraus, daß sie auch bei dieser Gelegenheit für eine noch längere Sonntagsarbeitszeit als zehn Stunden eintraten! Und solchen Herren, die außerdem „oben“ jedes Entgegenkommen finden, will man dadurch imponieren, daß man für die Gehülften Sonderorganisationen gründet, anstatt unter allen Umständen einen geschlossenen Verband aller für den Verus in Betracht kommenden Personen anzustreben!

Die Kölner Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. Aus Köln a. Rh. wird uns geschrieben: Wenn in diesem Jahre die Geschäfte im allgemeinen auch nicht so gut gehen mögen wie in besseren Wirtschaftszeiten, so ist doch festzustellen, daß in der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie von Arbeitsmangel nicht gesprochen werden kann. Im Gegenteil, durch die Saison wären die Unternehmer dieser Industrie sehr wohl in der Lage, zur Verminderung der

Arbeitslosigkeit in Köln etwas beizutragen; insbesondere sollten es gerade solche Unternehmer tun, die, wie namentlich die Inhaber der Firma Gebrüder Stollwerck, sonst in gewissen sozialpolitischen Zirkeln oben an stehen. Aber diese Herren denken beileibe nicht an das große Heer der Arbeitslosen, sie lassen vielmehr ihre Arbeiter an jedem Tage eine Stunde bis deren zwei länger arbeiten. Diese Ueberarbeit ist augenblicklich bei allen Firmen, und zwar bis Weihnachten, in vollem Gange; die Arbeiterschaft murren wohl darüber, aber sie nimmt sie mit in den Kauf, weil durch die Ueberstundenlöhne der sonst so miserable Verdienft wenigstens vor dem Winter ein wenig erhöht wird. Die Fabrikanten denken gar nicht daran, durch die Einstellung von mehr Arbeitskräften das Ueberstundenunwesen zu beseitigen, denn sie wissen, daß in dem Augenblick, wo sie den Arbeitern den Ueberstundenverdienst nehmen, diese zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß ihr Verdienst bei normaler Arbeitszeit zum Leben einfach zu gering ist. Das traurigste an diesen Verhältnissen ist allerdings der Umstand, daß die Arbeiterschaft selber noch nicht, mit wenigen Ausnahmen, daran denkt, diesen Zuständen durch die Organisation ein Ende zu machen.

Die Unternehmer der Kakaos- und Schokoladenindustrie wären also wohl in der Lage, das Heer der Arbeitslosen durch Mehrbeschäftigung von Arbeitern zu vermindern, sie tun es aber nicht, trotz aller Aufrufe in der bürgerlichen Presse, worin darum gebeten wird, daß in der gegenwärtigen Zeit jeder, der es nur irgend möglich machen kann, der Arbeiterschaft Beschäftigung zukommen lassen solle. Im Gegenteil, bei der Firma Stollwerck hat man gerade noch in der letzten Zeit das Heer der Arbeitslosen durch Entlassungen vermehrt. Wir nehmen allerdings an, daß den Inhabern der Fabrik von einzelnen dieser mitunter sehr ungerechtfertigten Entlassungen nichts bekannt ist und daß sie sie auch nicht billigen würden, denn gerade bei Stollwerck herrscht ein absolutes Meister- und Ueberleitungsregiment. Wir nennen für heute nur einen Herrn Courage, der kürzlich einen Familienvater wegen eines ganz harmlosen Vorfalls ohne weiteres entließ, und eine Aufseherin Gohmann, die sich insbesondere durch die schlechte Behandlung auszeichnet, die sie den Arbeiterinnen zukommen läßt. Der Firma wäre nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft, sondern auch im eigenen Interesse dringend zu raten, dem Selbstherrschertum einzelner Vorgesetzter ein Ende zu machen, ihnen aber dafür mehr Gewissenhaftigkeit in der Herstellung der Waren einzuführen. Daß dies insbesondere bei Stollwerck nötig wäre, dafür könnten wir Beispiele aus der nunmehr nach Berlin verlegten Biskuitbäckerei anführen, glauben aber, daß schon unser letzter Hinweis auf die Herstellungsmethode von Dr. Michaelis Eichelkakaos der Firma einen Fingerzeig gegeben haben dürfte. Die Arbeiterschaft bei Stollwerck hat es endlich satt, sich wegen geringfügiger Vorfälle öfter recht hart bestrafen oder gar auf's Pflaster werfen zu lassen. Der sicherste Weg, diese Zustände und die Entlohnung besser zu gestalten, ist allerdings die gewerkschaftliche Organisation, vor der leider die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen wegen des bei Stollwerck herrschenden Spitzelwesens zurückschrecken. Statt dieser Furcht sollte bei ihnen vielmehr die Befolgung der Parole: Gmein in den Deutschen Bäcker- und Konditorenverband! befolgt werden, dann wird es auch in den Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken besser werden.

An die Breslauer Kollegen.

In der „Schlesischen Meisterzeitung“, dem Organ, welches einen rüchgratigsten Redakteur sucht, finden wir nachstehende Bekanntmachung: „Am Donnerstag, den 5. November, finden die Arbeiterwahlen unserer Ortskrankenkasse statt. Sechs Jahre lang hat der Hamburger Verband die Kasse beherrscht, und in seinem Sinne geleitet. Sowohl Macho wie Ziegion haben bei ihrer agitatorischen Tätigkeit ihren besten Stützpunkt als Vorsitzende der Ortskrankenkasse gehabt. Unsere Breslauer Bäckergehilfen sind aber inzwischen erwacht. Sie wollen sich nicht mehr von Ziegion und Genossen bevormunden lassen. Sie werden bei der kommenden Wahl dafür sorgen, daß die Liste des Verbandes nicht die Mehrheit erhält. An den Meistern liegt es nun aber, die Gesellen, die zu uns halten, zu unterstützen. Deshalb ist es nötig, daß jeder Kollege, sobald als möglich mit seinen Gesellen über die Wahl Rücksprache nimmt und dieselben aufklärt über die Bestrebungen des Hamburger Verbandes in der Ortskrankenkasse. Ebenso muß aber jeder Meister dafür sorgen, daß die Verkäuferinnen, Haushälter, Semmelträgerinnen und Dienstmädchen, soweit sie der Kasse angehören, zur Wahl gehen und für die Liste der zu den Meistern haltenden Gesellen stimmen. Der Vorstand der Bäckerei Breslau.“ Zu diesem Senf bemerken wir folgendes: „Gewiß haben die Vertreter, soweit sie dem Bäcker- und Konditorenverbände angehören, die Kasse in ihrem Sinne geleitet und zur Zufriedenheit derer, welche diese Vertreter gewählt haben. Daß unsere Vertreter nicht einseitig die Interessen der Innung vertreten, ist selbstverständlich; denn die Kasse ist zuerst für die Versicherten geschaffen und nicht für die Meister.“

Bezüglich Macho und Ziegion bemerken wir, daß dieselben, auch ohne Vorsitzender der Ortskassa zu sein, Rüdgrat und Selbständigkeit besaßen, um die Interessen unseres Verbandes zu vertreten. Wenn der Innungsvorstand schreibt, daß die Breslauer Gesellen erwachen, nun so sind wir der Meinung, daß das Erwachen der uns noch fernstehenden Breslauer Bäckergehilfen für die Innung sehr deren Scharfmacher sehr gefährlich werden könnte. Uns kann das Erwachen nur freuen, dann haben wir die Garantie, daß die Breslauer Bäckergehilfen das Sklavensjoch, unter welchem sie jetzt fronden, bald abschütteln werden. Was schert sich überhaupt die Breslauer Innung um die Gesellenvertreter zur Ortskrankenkasse? Nun, die Antwort hierauf ist folgende. Die Innung will eine Innungstrankenkasse gründen und hat kein Geld. Des-

halb denkt sie, ihre Diebstahl unter den Gefellen, als Rassenvertreter durchzubringen und mit Hilfe dieser Elemente dann die Ortskasse in eine Innungskasse umzuwandeln. Es ist den Scharfmachern ja sehr schwer gefallen, sibi „Selbe Verräter“ zu finden, als sie Vertreter gebraucht. Es bedurfte erst des Spendierens je eines Kaffees Bier für die beiden Zusammenkünfte seitens des Obermeisters. Ob es für die Breslauer Wäckerinnung gerade ehrenvoll ist, Wäckergefallen bekränzen zu machen, um mit diesen dann hinter verschlossenen Türen Ränke gegen unseren Verband zu schmieden, dieses zu beurteilen, überlassen wir der Öffentlichkeit. Jeder anständige Wäckergefelte wird sich gegen die Zumutung wenden, seine Gesinnung verkaufen zu sollen. Einer der edlen Gelben, namens Zimmermann, ist erst kürzlich für fünfjährige treue Dienste beim Obermeister dekoriert. Ob hier die Belohnung für Gefellenverrat einbezogen ist? Ein würdiges Kleeblatt, Zimmermann, Junke und der Unberühmte „Milchhemmel“. Ueber diese Helden ein anderes mal mehr. Durch die Schlaueit des Vorsitzenden der Ortskrankenkasse, Wäckermeister Hoffmann, ist der Kampf um die Ortskasse in ein anderes Stadium getreten. Seitens der Aufsichtsbekörde ist nämlich der Wahltermin, welcher auf den 5. November festgelegt war, aufgehoben, weil der Vorsitzende die Wahl nicht statutenmäßig bekannt gegeben hatte. Daß ist derselbe Vorsitzende, welcher in der „Schlesischen Wäckerzeitung“ als tüchtiger und umsichtiger Leiter hingestellt wird, obgleich er erst kürzlich in der Versammlung im „Kaffeerestaurant“ bewiesen hat, daß ihm verschiedene Fähigkeiten fehlen. Die Wahl wird nun wohl erst drei Wochen später stattfinden. Wir werden nach Bekanntgabe des Termins unseren Kollegen dieses mitteilen.

Jetzt heißt es, arbeiten und agitieren! Es gilt, den Innungsscharfmachern nebst gelbem Anhang zu beweisen, daß die Breslauer Kollegen auf dem Posten sind, wenn es gilt, ihre eigenen Interessen zu wahren. Sorge schon jetzt jeder dafür, daß am Wahltag die Innungsgewaltigen denselben Durchfall erleben, wie an den früheren Wagnatagen! Agitiere jeder und trete ein für unsere bewährten Vertreter, welche bewiesen haben, daß sie jederzeit das Wohl und Wehe ihrer Mandatgeber im Auge hatten und für dasselbe stets gewirkt haben.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

Das Jahr 1907 hat, gegenüber dem Jahre 1906, den deutschen Gewerkschaften eine starke Verminderung der wirtschaftlichen Kämpfe — Streiks und Aussperrungen — gebracht. Während die Zahl der Kämpfe im Jahre 1906 insgesamt 8480 betrug, zählt das Jahr 1907 deren nur 2792. Das ist eine Verminderung um 688 = 19,8 pZt. Man wird leicht geneigt sein, die Abnahme der Kämpfe auf das Konto der im Laufe des Jahres 1907 eingetretenen wirtschaftlichen Depression zu setzen, doch ist eine solche Folgerung nur mit Vorsicht zu ziehen. Es darf zunächst nicht außer acht gelassen werden, daß das Jahr 1906, als ein Jahr der Hochkonjunktur und ständig steigender Lebensmittelpreise, eine außerordentlich hohe Zahl von Lohnbewegungen aufwies, die naturgemäß in einer verhältnismäßig größeren Anzahl wirtschaftlicher Kämpfe ausliefen. Trotz der starken Abnahme der Kämpfe überragt das Ergebnis des Jahres 1907 doch noch bei weitem das des Jahres 1905, in welchem 2823 Kämpfe stattfanden. Es ist deshalb weit gefehlt, auf Grund der Abnahme der Kämpfe gegen das Vorjahr auf eine Beeinträchtigung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften, verursacht durch den wirtschaftlichen Niedergang, zu schließen, wie es seitens der Unternehmer bereits geschehen ist.

Schon bei der Berichterstattung über: „Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907“ wurde hervorgehoben, daß die Feststellungen über Streiks und Aussperrungen nicht getrennt werden dürfen von den Feststellungen über die Bewegungen im allgemeinen, wenn man nicht zu einem gänzlich unzutreffenden Bild der Aktionsfähigkeit und Erfolge der Gewerkschaftsorganisationen kommen will! — Gerade die große Zahl der friedlich verlaufenden Bewegungen legt ein bereites Zeugnis ab von der wachsenden Macht und dem steigenden Einfluß der Gewerkschaften auf das wirtschaftliche Leben.

Gewiß, soweit Arbeitergruppen in eine Lohnbewegung eingetreten waren, wird manche von ihnen, angeblickt der eingetretenen wirtschaftlichen Depression, geneigt gewesen sein, den Abschluß eines friedlichen, wenn auch mageren Vergleichs, einem offenen und vielleicht längerem verlustreichem Kampfe mit vermehrten unsicheren Chancen, vorzuziehen. Soweit dieses Moment von Einfluß auf die Verminderung der wirtschaftlichen Kämpfe gewesen ist, kann es als ein Beweis dafür angesehen werden, in welchem hohen Maße die Arbeiterschaft durch die gewerkschaftliche Schulung es gelernt hat, ihre Kampfmethode den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen und die eventuellen Opfer eines Kampfes mit in Rechnung zu stellen.

Selbst, wenn die Zeiten eines wirtschaftlichen Niederganges geeignet sind, das Ergebnis der Arbeitskämpfe für die Arbeiter ungünstig zu beeinflussen, so ist dieses Moment noch keineswegs gleichbedeutend mit verminderter Aktionsfähigkeit. Solche Zeiten bringt die Unternehmer noch keineswegs in die „angenehme Lage“, sich über alles, was die Arbeiter betrifft, rücksichtslos hinwegsetzen zu dürfen! — Arbeitskämpfe bringen auch in einer Periode wirtschaftlicher Depression, je nach Umfang und Dauer, mehr oder weniger schwere Erschütterungen des Erwerbslebens mit sich, und auch in Zeiten eines schlechten Geschäftsganges kann es einem Unternehmer nicht gleichgültig sein, wenn seine Produktion durch einen Arbeitskämpf unterbrochen und damit seine Unternehmerrisikoziffer gefährdet wird. Glücklicherweise haben die Gewerkschaften in ihrer bisherigen Entwicklung eine wirtschaftliche Machtstellung erlangt, die ihre Aktionsfähigkeit auch in Perioden wirtschaftlicher Krisen äußerst wirksam gestaltet.

Doch kehren wir nach dieser kurzen Abschweifung wieder zu unserem Zahlenmaterial zurück, dessen Bewertung einen sicheren Stützpunkt für die vorweg aufgestellten Behauptungen bilden wird.

Die Zahl der an den Kämpfen des Jahres 1907 beteiligten Personen beträgt 281 030, gegenüber dem Vorjahre weniger 35 012 Personen = 11,1 pZt. Die Zahl der beteiligten Personen hat sich also nicht in dem gleichen Verhältnis vermindert wie die Zahl der Kämpfe. 1906 entfielen auf jeden Kampf durchschnittlich 91 Beteiligte, dagegen 1907 101 Beteiligte. Die an der Durchführung der Kämpfe beteiligten Organisationen haben dafür insgesamt M. 12364082 aufgewendet. Im Jahre 1906 betrug die aufgewendete Summe M. 13 997 862; es sind also im Jahre 1907 M. 933 780 weniger für die wirtschaftlichen

Kämpfe ausgegeben worden. Die auf jeden Streikenden entfallende Unterstüßungsrate ist wiederum, wenn auch unerheblich, gegenüber 1906 gestiegen. Der Anteil eines Streikenden an Unterstüßung betrug im Durchschnitt 1906 M. 42,08, 1907 M. 43,99. Bei der Berechnung der Ausgaben pro Kopf der Beteiligten muß allerdings berücksichtigt werden, daß sich unter den Gesamtausgaben nicht allein die Unterstüßungssummen, sondern auch die Mittel befinden, die außer den Unterstüßungen zur Durchführung der Kämpfe notwendig sind. Sowohl die höhere Beteiligungsziffer wie auch die relative Vermehrung der Ausgaben legen davon Zeugnis ab, daß auch im Krisenjahre 1907, gleich wie im Vorjahre, die wirtschaftlichen Kämpfe seitens der Arbeiterschaft intensiv und mit zäher Ausdauer geführt wurden.

Mit dem Jahre 1907 ist auch in bezug auf die Mittel, welche die Gewerkschaften zur Durchführung ihrer Kämpfe aus den eigenen Kassen aufwenden, von allen Berichtsjahren, seit 1890, der höchste Rekord erreicht worden. Rund 97,9 pZt. der Gesamtausgaben fließen aus den eigenen Kassen der an den Kämpfen beteiligten Gewerkschaften. Ein glänzender Beweis für die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, welche um so höher zu bewerten ist, als diese noch für die verschiedenen Unterstüßungszeile im letzten Jahre bedeutende Aufwendungen machten. Während für alle Unterstüßungen, außer der Streikunterstüßung, im Jahre 1906 M. 9 020 931 ausgegeben wurden, betrug dagegen diese Ausgabe für das Jahr 1907 M. 13 659 962. Die zum Teil früher aufgestellte Behauptung: daß durch die Einführung von Unterstüßungseinrichtungen die Gewerkschaften in der Aktionsfähigkeit beeinträchtigt würden, ist durch diese glänzende Entwicklung in der Leistungsfähigkeit vollständig ad absurdum geführt worden.

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Gesamtausgaben für wirtschaftliche Kämpfe und die Mittel, die dafür aus den Kassen der Gewerkschaften geflossen sind, seit dem Jahre 1890. (Für 1890/1891 liegen keine getrennten Ausgaben vor.)

Jahr	Gesamtkosten der Streiks	Davon aus der Kasse der im Streik befindlichen Organisation	Prozent der Gesamtausgabe
	M.	M.	
1890/91	2094922	1215025	58,0
1892	84688	29271	34,0
1893	172001	64123	37,0
1894	354297	85341	24,0
1895	424231	204970	48,0
1896	3042950	724603	24,0
1897	1257298	775361	62,0
1898	1345302	1051074	78,0
1899	2627119	2016157	77,0
1900	2936030	2487853	84,0
1901	2515888	1734491	68,9
1902	2237504	2041181	91,2
1903	5081884	4511621	88,8
1904	5551414	5290652	95,3
1905	10933724	8124990	74,3
1906	13297862	11902543	89,5
1907	12364082	12109109	97,9
	66321146	54368365	82,0

Das prozentuale Verhältnis der Angriffs- und Abwehrstreiks sowie der Aussperrungen zu den gesamten Kämpfen hat gegen das Jahr 1906 nur eine unerhebliche Veränderung erfahren, die nicht ins Gewicht fällt. Von den 2792 Kämpfen waren Angriffstreiks 1635 = 58,6 pZt. In 834 Fällen = 29,9 pZt. mußte gegen versuchte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft werden, und in 323 Fällen = 11,6 pZt. vollzogen die Unternehmer Aussperrungen. Das Gesamtergebnis der Kämpfe ist ungünstiger als das des Jahres 1906. Es endeten erfolgreich 1337 Kämpfe = 47,9 pZt. (1906: 53,8 pZt.), teilweise erfolgreich 687 Kämpfe = 24,6 pZt. (1906: 21 pZt.) und erfolglos 614 Kämpfe = 22 pZt. (1906: 21 pZt.). Am 1. Januar waren 84 Kämpfe nicht beendet und von 70 Kämpfen blieb das Resultat unbekannt. Ist das Ergebnis auch ungünstiger als das des Vorjahres, so entspricht das Resultat immerhin noch dem Durchschnittsergebnis der 17 Berichtsjahre; nur das prozentuale Verhältnis der erfolgreichen Kämpfe steht um ein geringes unter der Durchschnittsziffer. Im Durchschnitt der 17 Berichtsjahre endeten die Kämpfe: mit vollem Erfolg auf 48,5 pZt., mit teilweisem Erfolg auf 22,1 pZt. und erfolglos auf 23,4 pZt. Den größten Anteil an den wirtschaftlichen Kämpfen hat wiederum das Baugewerbe mit 1011 Kämpfen und 81248 Beteiligten; es folgt dann die Metallindustrie mit 472 Kämpfen und 53717 Beteiligten. Der Zahl der Kämpfe nach steht dann an dritter Stelle die Holzindustrie mit 307 Kämpfen und 29 823 Beteiligten. Die Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie weist dagegen zwar nur 254 Kämpfe, jedoch mit 50 904 Beteiligten auf. Das graphische Gewerbe und die Papierindustrie haben mit 88 Kämpfen und 1827 Beteiligten den geringsten Anteil an den gesamten Kämpfen. Das prozentuale Verhältnis der Resultate der Kämpfe, verteilt auf die Gewerkegruppen, ist folgend festgestellt: Mit vollem und teilweisem Erfolg wurden durchgeführt im Baugewerbe 75,9 pZt., im Handels- und Verkehrsgewerbe 75,5 pZt., in der Metallindustrie und im Schiffbau 75,2 pZt., in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 74,9 pZt., in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie 74,8 pZt., in der Holzindustrie 72,0 pZt., in sonstigen Berufen 64,5 pZt. und in dem graphischen Gewerbe und in der Papierindustrie 33 pZt.

Gewerkegruppen	Streiks und Aussperrungen	Davon mit vollem oder teilweisem Erfolg		Beteiligte Personen	Davon hatten volles oder teilweises Erfolg		Gesamtausgabe
		Zahl	pZt.		Zahl	pZt.	
Baugewerbe	1011	768	75,9	61248	52472	64,6	3771436
Metallindustrie und Schiffbau	472	355	75,2	53717	37072	69,0	2401246
Graphisches Gewerbe und Papierindustrie	88	29	33,0	1827	974	53,3	62688
Holzindustrie	307	231	72,0	29823	24580	82,4	3341388
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	199	148	74,9	11622	9813	64,4	457902
Bekleidungsindustrie, Leder- u. Textilindustrie	254	190	74,8	50904	34737	68,2	317140
Transportgewerbe	188	142	75,5	27760	17612	63,1	788909
Sonstige Berufe	273	176	64,5	24129	14534	60,2	725874
Summa	2792	2020	72,6	281030	191694	68,2	12364082

An den Kämpfen des Jahres 1907 waren beteiligt 54 Verbände; davon hatten mehr als 50 Kämpfe 15 Verbände durchzuführen, und partizipieren diese an den gesamten Kämpfen in nachfolgender Reihenfolge: Maurer 417, Metallarbeiter 344, Holzarbeiter 244, Zimmerer 184, Transportarbeiter 155, Fabrikarbeiter 152, Bauhilfsarbeiter 149, Brauereiarbeiter 97, Maschinisten 90, Schneider 88, Tabakarbeiter 72, Textilarbeiter 66, Maler 55, Buchdrucker 54, Schuhmacher 52. Das sind zusammen 2219 oder 79,5 pZt. der gesamten Kämpfe. Auf die übrigen 39 Verbände entfallen zusammen 573 = 20,5 pZt. der gesamten Kämpfe. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe stehen die Verbände der Metallarbeiter 47 887, Maurer 32 649, Textilarbeiter 28 675, Holzarbeiter 26 619, Bauhilfsarbeiter 17 695, Schneider 16 649, Fabrikarbeiter 12 963, Seeleute 12 300, Zimmerer 11 984, Maler 7952, Hafenarbeiter 7841, Transportarbeiter 7619, Bergarbeiter 7387. Insgesamt waren die vorstehend verzeichneten 13 Verbände mit 238 220 Personen an den Kämpfen beteiligt, die 84,7 pZt. der Gesamtzahl der Beteiligten ausmachen.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 274052 = 97,5 pZt. der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit 4922467 Tage und der Ausfall an Verdienst M. 21 527 862. Rechnet man zu dem Verdienstausschlag noch die Ausgaben der Verbände für die Durchführung der Streiks, so erscheinen die Opfer, welche die Durchführung der Kämpfe seitens der Arbeiter erfordern, rein oberflächlich betrachtet, sehr beträchtlich. Dieses Moment gibt denn auch zum Teil bürgerlichen Nationalökonomien, die zwar über ein zartbesaitetes Gemüt, jedoch nicht über die notwendige Verstandesstärke zur Beurteilung der elementaren Ursachen der Arbeitskämpfe verfügen, billige Gelegenheit, die „ungeheuren Opfer“ der wirtschaftlichen Kämpfe zu beklagen, „die in gar keinem Verhältnis zu den Erfolgen stehen!“ — Aber auch erregierte Gegner der freien Gewerkschaften, Kapitalisten und deren Goldschreiber, können sich nicht genug damit tun, dieses Moment immer wieder hervorzuheben, nur, um im eigenen Interesse die Öffentlichkeit über die Erfolge der Gewerkschaften hinwegzutäuschen. Daß die Erfolge der Gewerkschaften nicht nur nach dem Ergebnis der Arbeitskämpfe, sondern nach dem Ergebnis der gesamten Bewegungen, auch der friedlich verlaufenden, beurteilt werden müssen, ist schon wiederholt gesagt worden. Bei der Ermessung der Erfolge der Arbeitskämpfe übersteht man aber noch die Kleinigkeit, daß diese Erfolge in ihrem Ergebnis nur stets auf eine Woche berechnet werden. In Wirklichkeit ist aber eine auf dem Wege des Kampfes erreichte Verbesserung der Lohnverhältnisse dauernd — bis zum Ausbruch einer neuen Bewegung — der Arbeiterschaft in Rechnung zu stellen.

Schließlich handelt es sich bei den Arbeitskämpfen nicht allein um materielle Verbesserungen an sich, sondern zugleich um das Aufwärtstreben der denkenden Arbeiterschaft zu den Sonnenhöhen der Kultur, um die Durchsetzung der vollen Menschenwürde des Arbeiters! — Leider ist dieses Aufwärtstreben der Arbeiterschaft für diese mit schweren persönlichen Opfern verbunden, und wenn die Arbeiterschaft es in ihrem jahrzehntelangen Ringen auch gelernt hat, ihre Machtmittel in taktisch kluger Weise anzuwenden, so ist sie dennoch weit davon entfernt, die Opfer ihrer Kämpfe in recht krämerhaftem Geiste in Rechnung zu stellen. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft weiß, daß sie in ihren Kämpfen Opfer bringen muß, und wird diese Opfer, wie bisher, so auch ferner bringen.

Berichte aus den Mitgliedschaften.

Darmstadt. Hier fand am 28. Oktober eine von 135 Personen besuchte Versammlung unserer Kollegen statt. Die hiesige Wäckerinnung hatte für diesen Tag eine besondere Besorgung für die Gehülfschaft an den Tag gelegt, indem sie am Morgen des Versammlungstages folgenden Ukas verbreiten ließ:

Darmstadt, 28. Oktober 1908.

An die Gehülfsen von Darmstadt!

Anlässlich der Einladung auf Donnerstag, den 29. d. M., im „Schützenhof“, ausgehend von dem Bezirk Darmstadt des Wäcker- und Konditorverbands, glaubt die Innung, die Gehülfschaft darauf hinzuweisen — und zwar mit Rücksicht auf die letzte stattgefundene Versammlung und der dabei vorgeworfenen Unzuträglichkeiten, Schlägerei usw. —, diese Versammlung nicht zu besuchen. Wäckerinnung Darmstadt.

NB. Wir bitten die Herren Kollegen, das Zirkular den Herren Gehülfsen zu übergeben.

Der Besuch der Versammlung aber zeigte, daß die Herren gerade das Gegenteil von dem erreicht hatten, was sie bezwecken wollten. Es ist nur zu wünschen, daß die Herren auch in der Folgezeit eine so eifrige Agitation für den Besuch unserer Versammlungen betreiben; wir sind mit der Arbeit der Innung ganz zufrieden. Interessant war jedoch auf jeden Fall, daß der Schriftführer der Innung, ein Herr Finger, obwohl er allgemein unter der Gehülfschaft als der Anfertiger dieses Ukases betrachtet wird, es trotzdem nicht verschmähte, in eigener Person in der Versammlung zu erscheinen. Erst rät man der Gehülfschaft ab, die Versammlung zu besuchen und dann erscheint der Warner selber in derselben! Der Zweck seines Kommens war denn auch ein so offenkundiger; von den anwesenden Gehülfsen wurde allgemein die Ansicht vertreten, daß es dem Herrn nur darum zu tun war, den Spion für die Innung in der Gehülfsenversammlung zu machen. Man mußte zu dieser Ueberzeugung gelangen, da die Innung erst kürzlich selber erklärte, „sie habe ziemlich teure Spione, die in der Lage seien, ihnen alles auf dem schnellsten Wege zu hinterbringen, was in den Gehülfsenversammlungen verhandelt würde“. Man hielt es also für angebracht, dem Herrn Finger die Tür zu weisen, um so mehr, da ja die Gehülfschaft auch nicht zu den Versammlungen der Innung eingeladen wird, ja nicht einmal zu denjenigen, zu denen nach den gesetzlichen Bestimmungen die Gehülfschaft resp. deren Vertreter im Gesellenauschlag geladen werden müßten. Mit schwerem Herzen, nach mehrmaligen Aufforderungen durch den Vorsitzenden, bequeme sich dann der Herr unter dem Gelächter der Versammlungsbesucher, das Lokal zu verlassen. In der Versammlung selbst beschäftigte man sich zunächst mit dem Thema: „Kann jeder Gehülfe noch Meister werden?“ Kollege Kahl-Hamburg behandelte dasselbe in ausführlicher und eingehender Weise, dabei nachweisend, daß es unter den heutigen Verhältnissen gar nicht mehr möglich sei, daß alle diejenigen, welche das Gewerbe erlernen, in denselben als Arbeiter verbleiben können, vielmehr daß dieselben alle selbständig werden könnten. Die Diskussion bewies, daß er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen

hatte. Aber auch in anderer Beziehung gestaltete sich die Diskussion interessant, da die Vertreter der hiesigen Gehilfenvereine erklärten, alles daran setzen zu wollen, um den Gelben hier das Auskommen zu erschweren. (Armer Dremig, da scheint es mit Deinen Riesenerfolgen, von denen Du hier bereits geträumt hast, nichts zu sein.) Im Schlusswort erwähnte der Referent die Anwesenheit, endlich dazu überzugehen, daß die bestehenden Vereinigungen einander näher gebracht werden, um dann gemeinsam in einer guten, gefestigten Organisation, nämlich im Verbandsverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen zu können. Wir wünschen, daß diese Mahnung bei den Kollegen in Darmstadt ihre Wirkung nicht verfehlt und daß recht bald der Zeitpunkt einer Vereinigung kommt.

Einburg. Der auf Vatschengegründete Bäckerbund! Unsere am 4. November stattgefundene öffentliche Versammlung war ausnahmsweise gut von den Gelben besucht; kurz vorher war ja Gustaf aus Berlin hier gewesen und nun sollte ein Meistersohn aus unseren Reihen zu demselben Thema sprechen. Derselbe war aber behindert. Für ihn sprach Kollege Rahl und hielt ein ausgezeichnetes Referat über die Machinationen des gelben Gustaf, den gelben Bund und unsere Verbandsbestrebungen. Die Gelben lauschten aufmerksam und ihr Vorkämpfer und ihr Schriftführer machten sich fleißig Notizen. Der Referent hatte geendet und nach einigen Ausführungen des Kollegen Klitzsch erhob sich der Vorsitzende der gelben Mitgliedschaft. Nachdem er erwähnt hatte, daß die Bäckerei seines Meisters überhaupt noch nicht revidiert worden sei und sein Meister deshalb auch nicht bestraft werden konnte, sagte er, daß einmal in der Zeitung gestanden hätte, ein militärfreier Geselle habe seinem Meister die Vatschen ausgewaschen. Das solle er gewesen sein. Das habe ihn geärgert und daraufhin habe er den Bäckerklub „Edelweiß“ gegründet. „Also ein auf Vatschen gegründeter Bäckerbund“, sekundierte der gelbe Schriftführer trocken. — Wir haben uns mächtig gestreut über den Schwabenstreich.

Weiden i. d. Oberpfalz. (Berichtigung.) In Nr. 41 unseres Organs brachten wir einen Bericht über eine Verurteilung, nach welchem in der Diskussion die Behauptung aufgestellt worden sei, bei dem Bäckermeister Herrn Anzer sei unsauberes Wasser verwendet worden. Wir haben infolge einer Zuschrift, welche Herr Anzer an uns richten ließ, noch einmal Erkundigungen über die Angelegenheit eingezogen und unser Berichterstatter meldet uns, daß der Bericht in dieser Beziehung auf einen Irrtum beruhen kann. Die erwähnte Anschuldigung wäre demnach von uns gegenwärtig nicht mehr aufrecht zu erhalten und stellen wir dieselbe somit selbstverständlich ohne weiteres richtig.

Polizei und Gerichte.

Meineidsprozeß gegen Sprechmeister Vogel. Am 29. September erklärte sich bekanntlich die vierte Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin in der Verhandlung gegen Sprechmeister Vogel für unzuständig, da nicht fahrlässiger Falschheid, sondern wissenschaftlicher Meineid in Frage komme, und verwies die Sache vor das Schwurgericht. Die Verhandlung wird dort bereits am 13. und 14. November stattfinden, und werden wir in nächster Nummer über den Ausgang berichten können.

Die Gelben sind wieder einmal keine Streifbrecher!

Am 18. Mai d. J. lag der „Frankfurter Volksstimme“ für Hanau a. M. ein Flugblatt bei, in welchem einigen dortigen Bäckermeistern vorgeworfen wurde, sie hielten das gegebene Versprechen bezüglich der tariflichen Lohnbedingungen nicht und beschäftigten Mitglieder des gelben Streifbrecherbundes. Das Flugblatt bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer, nachdem sich vor einiger Zeit bereits das Schöffengericht damit beschäftigt hatte. Die beiden bei den erwähnten Bäckermeistern beschäftigten Gesellen fühlten sich nämlich durch die Bezeichnung „Mitglieder des gelben Streifbrecherbundes“ beleidigt und stellten Strafantrag gegen den verantwortlichen Verfasser des Flugblattes, Genossen Hermann Salomon. Er wurde in der damaligen Schöffengerichtsverhandlung wegen Beleidigung zu M 30 Geldstrafe verurteilt und legte Berufung ein, die am 2. November vor der Strafkammer verhandelt wurde. Salomon erklärte, daß ihm jede Beleidigung der Kläger ferngelegen habe, auch seien ihm die Kläger persönlich vollständig unbekannt. Nicht einzelne Personen sollten in diesem Flugblatt getroffen werden, sondern das System der Gelben, die es sich zur Aufgabe machen, alle die mühevollen Errungenschaften der organisierten Bäderegehilfen mittels Streifbruches wieder illusorisch zu machen. Auch habe bei der vorjährigen Lohnbewegung der freigeorganierten Bäderegehilfen der Kläger Keller als Vorsitzender des Vereins „Frühau“ erklärt, seine Kollegen würden an der Lohnbewegung teilnehmen. Der Zeuge H. Keller fühlt sich durch die Worte „Mitglieder des Streifbrecherbundes“ beleidigt. Ferner schließe er, Keller, sich keiner Organisation an und sei deshalb auch kein Streifbrecher. Die freigeorganierten Gehilfen gingen nur darauf aus, die kleinen Handwerker zu vernichten, die großen Betriebe und Konjumbäckereien aber zu fördern. Die Folge davon sei dann die große Arbeitslosigkeit. Der gelbe Bund wolle alles auf gutem Wege regeln. Auf die Frage des Präsidenten, was die Gelben machen würden, wenn es nicht auf gutem Wege abgehen würde, erklärte Keller, dann ginge es an die Beschwerdefunktion, und wenn dann die Meister nicht nachgeben würden, käme es ebenfalls zum Streik. Eine Erklärung bei der vorjährigen Lohnbewegung dahingehend abgegeben zu haben, daß sich seine Kollegen mit den organisierten Bäderegehilfen solidarisch erklären, befreit Keller. Der Zeuge Lanke schilbert eingehend den gelben Bund als eine Gründung der Bäckermeister zu dem Zweck, die Gehilfenorganisation zu vernichten. Auch würde der Bund heute noch durch die Bäckermeister infolge reichlicher Geldunterstützung gefördert. Ferner habe Keller nach den Berichten der bürgerlichen Presse in der Versammlung vom 26. März 1908 erklärt, daß seine Kollegen als Mitglieder des Vereins „Frühau“ sich solidarisch mit den organisierten Gehilfen erklären. Der Zeuge Kenschel befundet weiter, daß Keller in jener Versammlung erklärt habe, er (Keller) glaube, es würden keine drei stehen bleiben. Das Gericht verwirft die Berufung Salomons. Begründung: Die Kläger konnten sich sehr wohl durch die Worte: „Mitglieder des gelben Streifbrecherbundes“ gekränkt und beleidigt fühlen. Die verworrenen Deklamationen Kellers braucht man nicht zu

kritisieren; aber man sieht, wie schlau er sich den Weg frei macht, um sagen zu können: „Auch wir Gelben verwerfen den Streik nicht prinzipiell!“ Trotz seiner Schlaueit merkt er aber nicht, wie Anfang und Ende seiner Aussagen sich gegenseitig aufheben.

Eine appetitliche Konditorei. Vor dem Schöffengericht zu Kaiserslautern mußte am 17. Oktober der Konditoreibesitzer Karl Franz erscheinen. Er ist beschuldigt, in der Zeit vom Mai bis Mitte September dieses Jahres fortgesetzt wissentlich Nahrungs- und Genussmittel, welche verdorben waren, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft zu haben, indem er „Magenbrot und Sonntagstuchen“ aus verunreinigtem, vom Boden zusammengekehrtem Mehl, aus Abfällen, die schon in Zerfetzung übergegangen waren, und aus von Würmern durchsetztem Teig hergestellt und verkauft hat. Ebenso soll er Traubenzucker, über dessen Guß Wasser aus einer Mausefalle floß, in welchem eine Maus erkrankt, in seinem Geschäftsbetriebe an seine Kunden abgesetzt haben. (Vergehen nach § 10 Ziffer 2, 16 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln vom 14. Mai 1879.) Der Angeklagte bestritt zunächst die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen und stellt die Behauptung auf, daß es sich um einen Nachkauf eines früher bei ihm beschäftigt gewesenen Gesellen handle. Nach der Zeugenvernehmung wird er jedoch verurteilt, und zwar zu einer Geldstrafe von M 100. Beantwagt waren 1 Monat Gefängnis und M 100 Geldstrafe. Wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung wurden außerdem M 10 Geldstrafe ausgeworfen, und hat der Herr Konditoreibesitzer noch die Unkosten zu tragen. Der Angeklagte ist einer derjenigen, der seinen Gehilfen M 30 Lohn pro Monat zahlt; deshalb hatten es diese aber noch lange nicht nötig, sich der Organisation anzuschließen.

Ein Dorf-Idyll in Schlesiens Gefilden. Nachstehende Gerichtsverhandlung, die in schlesischen Wäldern zu lesen ist, möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten, da dieselben sicher auch gern einmal lachen.

Der Bäckermeister Paul Gruhn und der Schmiedemeister Josef Hoffmann zählen zu den Honorationen des Dorfes Schönbankwitz im Breslauer Kreise. Bis zum Januar dieses Jahres bestand zwischen Gebatter Bäcker und Gebatter Schmied auch die innigste Freundschaft, die dann aber plötzlich in die Brüche ging und einem tiefen gegenseitigen Haß Platz machte. Und das kam so: Das Dominium des Ortes ging aus dem bisherigen Besitz in die Hände des jungvermählten Herrenpaares von Körster über, und seitens der Gemeinde wurden Vorbereitungen getroffen, um die neue „Herrschaft“ auch würdig zu empfangen. Der Schmiedemeister hat eine erwachsene Tochter und diese wurde vom Gemeindevorstand dazu ausersehen, beim Empfang als Ehrenjungfrau zu fungieren und ein Gedicht herzusagen. Der Lehrer des Dorfes verfaßte ein solches „Gedicht“ (oder schrieb es irgendwo ab), und Gebatter Schmiedes Anna studierte und übte mit allem Eifer, um vor der allergnädigsten Herrschaft auch wirklich zu bestehen.

Gebatter Bäcker war aber mit einer solchen Regelung der Dinge, wie sie der Gemeindevorstand getroffen, nicht einverstanden. Auch er hatte eine erwachsene Tochter, und war seine Klara etwa weniger hübsch als Schmiedes Anna? Oder waren Schmiedes überhaupt etwas Besseres als seine Familie? Also konnte doch ebensogut die Klara als „Ehrenjungfrau“ fungieren und das Gedicht auflesen. Aber der Gemeindevorstand hatte sich eben für die Anna entschieden, und für sie hatte der Herr Lehrer das Gedicht aufgeschrieben, und daran war nun nichts mehr zu ändern. Doch Gebatter Bäcker wußte sich Rat. Er ging mit seiner Klara nach Breslau zu einem Gelegenheitsdichter. Dieser wußte ein passendes Gedicht anzufertigen, und am Tage des Einzuges erwartete Klara die hohe Herrschaft bereits auf dem Bahnhof Kobornitz und sagte ihr Gedicht her. Schmiedes Anna war so die Geprallte, und nun war die Feindschaft fertig. Der Schmied sann auf Rache. Er wollte sich erinnern, daß im vorigen Jahre während der Ernte ein Wagen des Dominiums anderthalb Schock Weizen verloren hätte. Diesen Weizen sollten Bäckers an sich gebracht, und zwar sollten sie alle, der Bäckermeister, seine Frau, die Klara und deren älteste Schwester, an der Vergung des unrechtmäßigen Gutes beteiligt gewesen sein. Somit ließ sich die ganze Familie ins Gefängnis bringen, und der Schimpf, den man der Anna angetan, wäre gerächt. Gesagt, getan. Der Schmied erstatete denn auch wirklich Anzeige, und auf seine Zeugenaussage hin wurden die vier genannten Angehörigen der Gruhnschen Familie vom Breslauer Schöffengericht zu je einem Tage Gefängnis verurteilt! Sie legten Berufung ein, und in der nunmehr stattgefundenen Verhandlung vor der Strafkammer vermachte selbst der Staatsanwalt den Aussagen des feindlichen Nachbarn keinen vollen Glauben beizumessen. Er beantragte selbst die Freisprechung der vier Angeklagten. Das Gericht entschied sich zunächst für die Ladung weiterer Zeugen, weshalb die Sache vertagt wurde.

Was schließlich noch die Folge der inechtseligen Geschichte sein kann, weiß kein Mensch, denn mittlerweile ist es zwischen den früheren befreundeten Nachbarn auch zu Grenzreitigkeiten gekommen, und wer das Leben in den Gerichtssälen kennt, weiß auch, daß es nach solchen Dorfprozessen sehr oft Zuchtstrafen wegen geschworener Meineide regnet. Und so etwas wäre das „Glück“, eine neue Herrschaft zu besitzen, gerade wer!

Nachträglich ist zu berichten, daß die vier Mitglieder der Bäckerfamilie nun je einen Tag Gefängnis verbüßen müssen. Die Breslauer Strafkammer hat auf Grund der Aussagen der Schmiedefamilie ebenfalls als erwiesen erachtet, daß die Bäckers im vorigen Jahre Weizen vom Dominium gestohlen haben, und deshalb das Urteil des Schöffengerichts bestätigt.

Aus dem Innungslager.

Die Berliner Bäckermeister wollen sozialdemokratisch werden. Die neue Bädereverordnung für Berlin hat die dortigen Innungsmeister, wie wir schon in letzter Nummer berichteten, in einer kaum glaublichen Weise mobil gemacht. Das Handelsministerium und Polizeipräsidentium, welche bekanntlich versprochen, die Verordnung möglichst milde zu handhaben, haben die Milde immer noch nicht so weit getrieben, wie Hausbesitzer und Bäckermeister es wünschen, und dies paßt den Herren der Kellere-

löcher nicht in den Kram. In ihrer letzten Quartalsversammlung haben sie sich durch den Schriftführer König ein Referat halten lassen, in welchem derselbe nach dem offiziellen Bericht ausführte:

„Nach den bisherigen Erfahrungen werde die Verordnung zum Ruin vieler Existenzen führen. Zuerst wurde eine milde Handhabung dieser Bestimmungen in Aussicht gestellt, als aber eine Notiz in einem sozialdemokratischen Blatte dies rügte, scheint nun ein anderer Wind zu wehen. Mit großer Härte werde nun vorgegangen; Kollegen, die ihr Erspartes zum Ankauf einer Bäckerei verwendeten, Kollegen, die nach jahrelangem Mühen und Abarbeiten sich eine Bäckerei mit Haus erworben, sehen, falls die Bäckerei nicht vorchriftsmäßig ist, einer sehr ungewissen Zukunft entgegen. Kann man es dann den Kollegen verargen, die bisher Königstreue waren, wenn sie anderer Gesinnung werden, wenn der Staat ihnen und ihren Familien das Brot nimmt. Warum wird die Verordnung in den Provinzstädten anders gehandhabt, als in Berlin und seinen nächsten Vororten? Warum genügt dort eine Mindesthöhe von 2,50 Meter, während hier 2,80 Meter erforderlich sind? Der § 17 der neuen Verordnung spricht von Ausnahmen, die der Polizeipräsident zulassen kann, falls in anderer Weise für die Gesundheit der Arbeiter gesorgt wird. Von einer Zeitdauer ist aber in diesem Paragraphen keine Rede. Wie kommt nun die Behörde dazu, Dispense auf Zeit zu erteilen?“

Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß Bädereanlagen, von der Baupolizei genehmigt, von der Gewerbebehörde beanstandet werden. Hier ist doch etwas nicht richtig und hier muß der Hebel angefaßt werden. Ist einmal eine Bäckerei von der Baupolizei genehmigt, sind alle sanitären Vorschriften erfüllt, so muß auch darauf gedrungen werden, daß die Bäckerei bestehen bleibt, wird sie aber doch geschlossen, so muß der Staat eintreten.

Unsere Sache ist es nun, der breiten Öffentlichkeit von dieser Verordnung Kenntnis zu geben. Reichs- und Landtagsabgeordnete müssen wir für unsere Angelegenheit zu erwärmen suchen. Aber auch die Stadtverordneten sind in Kenntnis zu setzen, denn auch der Stadt gehen durch diese Verordnung viele Tausende von Mark verloren.“

Man sieht also, die Königstreue sitzt bei den Bäckermeistern etwas sehr locker, und sie werden ohne weiteres zu Republikanern oder gar — es schaudert — zu Sozialdemokraten, wenn man sie aus den gewohnten und geliebten Dreckschern vertreiben will.

Eine einstimmig angenommene Resolution forderte dann von allen beteiligten Innungen gemeinsame energische Schritte, und so wurde denn auch für den 5. November bereits eine große Protestversammlung nach Berlins größtem Saale einberufen, welche von einigen tausend empörten Meistern besucht war. Auch die Grundbesitzervereine sowie eine Anzahl von Stadtverordneten, Landtags- und Reichstagsabgeordneten waren eingeladen. Von den letzteren hatten unter anderem die Herren Mugdan und Kopsch der Einladung Folge geleistet. Die ebenfalls eingeladenen Gewerbeaufsichtsbeamten waren, soweit festgestellt werden konnte, nicht erschienen.

Die Referenten, Reichstagsabgeordneter Bäckermeister Nieseberg, Obermeister Schmidt und König, polemisierten gegen die Verordnung, weil deren Durchführung das Bäderegewerbe schädige und zahlreiche Meister dem Ruin entgegenführen müsse. Der Inhalt aller Reden zeigte jedoch, daß die Redner nicht die Interessen der Bäckermeister nicht die Interessen des Handwerks, sondern lediglich die Interessen der Hausbesitzer vertraten. Das geht mit zweifelloser Deutlichkeit aus folgendem hervor: Die Reinlichkeitsvorschriften und diejenigen Bestimmungen der Verordnung, welche keine baulichen Veränderungen nötig machen, werden, wie allgemein behauptet wird, selbstverständlich ohne Widerspruch von den Bäckermeistern durchgeführt. Nur dagegen wandten sich die Redner, daß auch die Bestimmungen über Höhe und Rauminhalt der Bädereien durchgeführt werden sollen. Es genügt ihnen nicht, daß die von den Behörden erteilten Dispense dem derzeitigen Inhaber der Bäckerei erteilt werden, sondern es wird verlangt, der Dispens solle für den Betrieb gelten. Das bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes, als daß den Hausbesitzern die Vorteile eines langjährigen Dispenses zu gute kommen sollen. Ein Dispens auf mehrere Jahre ist nach der Angabe eines Redners, des Vorsitzenden des Verbandes der Grundbesitzervereine, Herrn Bartowski, gleichbedeutend mit einem langsamem Tode der betreffenden Hausbesitzer. Deshalb verlangt Herr Bartowski, daß der Dispens solange gelten solle, wie das betreffende Haus steht. Also Hausbesitzerinteressen, nicht Handwerkerinteressen wurden hier vertreten.

Als warmer Bevürworter dieser Interessen, wenn auch in der Masse des Mittelstandsvertreter, spielte sich der Abg. Kopsch auf, nachdem er zunächst die Gewerbeinspektion, weil sie der Einladung der Bäckermeister nicht Folge leistete, im Tone des Schulmeisters abgezankelt hatte. Herr Mugdan sekundierte seinem Fraktionskollegen Kopsch in der Befürwortung der Forderungen der Grundbesitzer.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche sich in scharfen Worten gegen die Verordnung wendet. In sachlicher Hinsicht fordert die Resolution, die Verordnung solle so durchgeführt werden, wie es vor ihrem Erlass vom Handelsminister versprochen worden sei, nämlich in dem Sinne, daß bestehende Werte nicht gekürzt werden. Dementsprechend sollen, wie die Resolution verlangt, die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen werden. Für den Fall, daß dies nicht geschehen sollte, sind die Einberufer der Versammlung beauftragt, an höchster Stelle vorstellig zu werden, entsprechend dem Ratswort: Dem Handwerk soll geholfen werden.“

Wenn die Bäckermeister nicht erhört werden, so wird ihre Drohung aus der Quartalsversammlung wahrscheinlich in die Tat umgesetzt und sie kündigen Wilhelm II. die Freundschaft.

Es ist aber Sache unserer Berliner Kollegen, Värm zu schlagen, wenn die witzigen Verbesserungen in bezug auf die Arbeitsstätten und in sanitärer Hinsicht noch auf lange Jahre bereitet werden sollen. Wenn die Kollegen in bezug auf Einigkeit sich ein Beispiel an ihren Ausbeutern nehmen, so werden sie auch im Stande sein, jeden Angriff und jede Rückwärtsresidierung zu vereiteln. Und zwar um so leichter, da sie in diesem Kampfe nicht nur jeden denken-

den Arbeiter, sondern auch jeden anderen vernünftigen und humanen Menschen an ihrer Seite finden müssen.

Lehrlingszucht und -Magerci. Wohnt da in Düsseldorf in der Jakobstraße ein Herr Bäckermeister Heidekamp, der die Lehrlingszucht im großen betreibt, trotzdem er den Meistertitel nicht hat. Der Herr ist selbst erst 24 Jahre alt und beschäftigt neben einem Gehülften drei Lehrlinge und einen Hausburschen. Selbstredend schlafen diese alle in einem Zimmer; das selbe ist feucht und die Betten stehen aufeinander — von der guten Kost gar nicht zu reden, die die Lehrlinge bekommen. Kürzlich hatte sich der älteste von den drei Lehrlingen krank gemeldet, was auf die lange Arbeitszeit und das feuchte Zimmer zurückzuführen ist — wenigstens nach den Aussagen des Arztes. Der Lehrling hatte zwei Jahre und elf Monate gelernt und demnach nur noch einen Monat zu lernen, ehe er die Fleischtöpfe seines Meisters verlassen dürfte. Der Herr Heidekamp war aber so erbozt, als sich der Lehrling krank meldete, daß er dessen Mutter — sie ist Witwe — sagen ließ, sie solle die Kleider ihres Sohnes holen, er, Heidekamp, würde ihn nicht weiter beschäftigen. Die Frau wendete sich an die hiesige Innung um Rat, was zu tun wäre, und die Kommission für das Lehrwesen trat auch zusammen. Aber wer geglaubt hatte, die Frau käme zu ihrem Rechte, kennt die hiesigen Innungsgewaltigen nicht. Der Lehrling muß noch zu einem anderen Meister einen Monat in die Lehre, dann erst kann er seine Gesellenprüfung machen, dann erst erhält er das heilige Germania-Verbandsbuch. In der betreffenden Sitzung wurde auch ein auf diesen Fall bezüglicher Brief unserer Mitgliedschaft Düsseldorf verlesen, in welchem die ganze Sachlage auseinandergesetzt und der Wunsch ausgesprochen war, daß dem Lehrling sein Recht zu teil werde. Die Herren machten sehr lange Gesichter, als sie sahen, daß der Deutsche Bäcker- und Konditorverband die Sache in die Hand genommen hatte. Selbstredend sagten sich die Herren vom Vortag, es wäre besser gewesen, wenn der Fall nicht herausgekommen wäre. Wie so viele andere auch!

Eines war in der Sitzung auffällig, nämlich daß der christliche Altgenosse bei der ganzen Sache den Mund nicht aufgemacht hatte; er unterließ es, wenigstens den allerreactionärsten Brogen unter den Bäckermeistern ordentlich auf die Finger zu klopfen. Es hat sich ferner gezeigt, daß der Bäckermeister Wischmann seinen Mund recht voll nahm, als es sich um die Interessen der Innung und um die Maßregeln gegen den Lehrling handelte; er sollte bedenken, daß er in einem Arbeiterviertel wohnt, und daß die Arbeiter auf die Dauer nur solche Unternehmungen mit ihrer Rundschaft unterstützen, welche gegen Gesellen und Lehrlinge humane Gesinnung an den Tag legen. Er hat sich früher auch schlecht und recht als Arbeiter durchs Leben schlagen müssen und es kann ihm schließlich noch einmal so gehen! Das sollte er niemals vergessen.

Die Breslauer Bäckermeister möchten Rebbes machen. In der Quartalsversammlung der Meister am 15. Oktober entspann sich eine lebhafteste Debatte über den Arbeiterschutzbund. Meister Fiebich, einer derjenigen, welcher Mache zu seiner Strafe verholpen hatte, meinte, man solle kräftig für den Schutzbund agitieren, denn der Boykott vor zwei Jahren habe trotz seiner kurzen Dauer großen Schaden angerichtet. Es scheint aber mit dem Schutzbund ziemlich flau zu sein, denn wo es etwas kostet, da sind die Herren riesig dickfellig. Der Obermeister ersucht alle Meister, welche vor zwei Jahren durch den Boykott geschädigt wurden, sich bei ihm zu melden, da der Boykott gegen die Urheber des Boykotts gewonnen sei. Hoffentlich schlägt hierbei noch mancher arme Krauter etwas heraus, wir wünschen es ihm von Herzen gern. Sollte es ihnen aber etwas lange dauern, ehe sie das Geld in Empfang nehmen können, so können sie sich ja einstweilen von Lude-Berlin einen Vorschub geben lassen; der hat ja auch ein glänzendes Geschäft dabei gemacht.

Die Arbeitsvermittlung der Breslauer Bäckereinnung ist unter aller Kanone. War die Arbeitsvermittlung schon früher nichts wert, so übersteigt die Schikaniierung der Gesellen durch die Vermittler bei der jegigen großen Arbeitslosigkeit alle Grenzen. Die Arbeitsvermittlung ist dem Sprechmeister Peisch übertragen. Das Kommando führen aber die Töchter und ein Sohn von Peisch. Kürzlich wurde ein junger Geselle verlangt, und meldete sich von den auf der Herberge Befindlichen ein 21-jähriger Kollege. Von der Tochter des Sprechmeisters wurde diesem zur Antwort, er wäre doch schon 21 Jahre alt, also doch kein junger Mann mehr. Um eine Erfahrung reicher, meldete sich der junge „alte“ Geselle für eine vakante Stelle als erster Geselle, da wurde ihm von Peisch gesagt, er sei mit seinen 21 Jahren zu jung als erster Geselle. Ob Peisch' Lucie in der Beurteilung des „schwächeren“ Geschlechts auch ihr obiges Urteil anwendet? Dann gehörte sie selbst schon lange nicht mehr zu den „jungem“. Wenn ein Arbeitsloser durch das stundenlange Warten auf Arbeit ermüdet, sich etwas an den Tisch lehnt, so wird er kräftig angegrünelt. Sollte der Arbeitslose sich etwa verteidigen wollen, geht es ihm schlecht. In vielen Fällen erscheint dann der Sohn des Peisch, um die Arbeitslosen anzuhäufeln, derselbe ist nämlich Gefängnisaufseher. Wenn der anwesend ist, dann dürfen sich die Gesellen nicht mühen. Daß vorhandene Stellen ungerecht verteilt werden, halten unsere Kollegen bald für selbstverständlich, und das ist erklärlich, da sie sehen, daß mancher Arbeitslose vier bis fünf Monate bummeln kann, ehe er eine Stelle bekommt, während ein Mitglied des katholischen Gesellenvereins eventuell schon nach zwei Tagen wieder eine neue erhält. Nun, der Obermeister ist ja auch jetzt ein Beschüger des katholischen Gesellenvereins. Früher konnte er die Gesellenvereiner nicht riechen. „Wald so, bald so, wie's trifft.“ Im übrigen glauben speziell die Breslauer „Krautkrauter“ ihr Teil zur Schikaniierung der Arbeitslosen beitragen zu müssen. Ein solcher Herr, am Waterlooplatz wohnhaft, entließ kürzlich einen Gesellen, welchem er pro Woche M. 11 an Lohn zahlte, um dann sofort einen anderen einzustellen, welchem er bloß M. 8 pro Monat zahlte. Ein anderer Mitter vom Vortag in der Nähe Breslaus entließ seinen Gesellen, wollte ihn aber wieder einstellen, wenn er um M. 3 billiger arbeiten wolle. Am unterkroffenen war kürzlich ein Krauter an der oberen Mathiasstraße. Derselbe brauchte einen Aushelfer für eine Nacht und verlangte von dem Sprechmeister, er soll ihm gleich mehrere Arbeitslose zur Auswahl senden. Solche Fälle könnte man noch in großer Anzahl aufzählen. Das wäre also ein Arbeitsfeld für die Breslauer Bäckereinnung nebst ihrem Sekretär, wo sie ihr „Wohlmollen“ anbringen könnten.

Das Geld, das die Breslauer Bäckermeister schon hinter den gelben Gesellenverrättern hergeworfen haben, hätten sie dazu

benutzen sollen, um ihren Gesellen einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zu zahlen. Oder denken die Herren Meister, daß Löhne von M. 6 bis 7 pro Woche nebst halber Kost — man denke, neben halber Kost — auskömmlich sind? Dank der übergroßen Lehrlingszucht — und auch hier geht der Obermeister vorne an — haben es die Breslauer Bäckermeister verstanden, sich eine Reservearmee von arbeitslosen Bäckergehilfen zu schaffen und sind deshalb die Mißstände, wie sie oben geschildert, zu begreifen. Wie lange noch wollen sich die hiesigen Kollegen als rechtlose Heloten behandeln lassen? Auf der einen Seite die traurige Entlohnung und auf der anderen Seite die ständig drohende Arbeitslosigkeit. Gegen alle hier geschilderten Mißstände gibt es nur ein Mittel, und das ist der Bäcker- und Konditorverband.

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Erklärung. In Nr. 14 des Organs des Gewerkevereins gibt der Kollege Rudolf eine Erklärung dahingehend ab, daß es nicht wahr sei, daß der Gewerkeverein sich mit den Gelben verbunden hätte, um uns aus der Krankenkasse zu drängen. Wir hätten dies in Wort und Schrift behauptet, und auf seine Anfrage wäre ihm erklärt worden: in den Leimruten steht es. Da dabei nur der Unterzeichnete in Betracht kommen kann, so erkläre ich hiermit, daß eines Tages in bezug auf unsere Notiz im „Bedruf“ (unser Berliner Organ): „Ein würdiges Kleeblatt!“, Kollege Rudolf mich persönlich fragte, wer uns so etwas weiß gemacht hätte. Ich erklärte ihm: „Es steht in den Leimruten, und fragte, ob er davon gar nichts wisse. Er verneinte dies, und ich gab darüber selbstverständlich noch meiner Verwunderung Ausdruck. Will Kollege Rudolf jetzt bestreiten, daß in Nr. 17 der Leimruten steht, daß Schöffler zum ersten Vorsitzenden, Schimanski zum zweiten Vorsitzenden und Ruß zum Schriftführer der betreffenden Kommission bestimmt sind? Ja, in Nr. 20 der Leimruten schreibt sogar Hartmann, daß Schöffler und Ruß sich zuerst an die Gelben gewandt haben. Wenn wir auf dieses Bündnis im Wahlkampf mit hingewiesen haben, so war das unser gutes Recht, und die Kollegenchaft ist empört darüber, daß sich die Leiter von Vereinigungen, die sich Arbeiterorganisationen nennen und angeblich die Interessen ihrer Kollegen vertreten wollen, sich nicht für zu gut halten, mit solchen Elementen überhaupt in Verbindung zu treten. Aber man sieht hieraus, daß sie sich schon selbst so niedrig einschätzen, wie es bisher die Arbeiterschaft getan hat und die Arbeitgeber es gleichfalls tun. Dies wird trefflich illustriert durch einen Ausspruch des Obermeisters der Berliner Tischlerinnung Mahardt, welcher in einer Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform am Montag, den 2. November, fiel. Es hieß da in bezug auf die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nach dem Genter System: „Wenn nur die Organisierten die Unterstützung erhalten sollten, dann würden ja die Arbeiter geradezu in die Organisation gestochen werden und die Folge würde sein, daß die Hirsch-Dunderschen und christlichen Organisationen hinweggesetzt würden.“ Das aber können die Arbeitgeber nicht wünschen.“ Dieser Ausspruch beweist, daß die Unternehmer sie nicht höher einschätzen als die von Unternehmern Gnaden gegründeten und ausgehaltenen Streikbrechervereine. Max Thiem.

Ein Bettelbrieffschreiber ist der Bäckergehilfe Wilhelm Gündel in Chemnitz. Als Mitglied des gelben Bundes glaubt er das Recht zu haben, die Mitglieder des Verbandes aus der Arbeit zu verdrängen. Um diesen Zweck zu erreichen, greift er zu dem unschönen Mittel, herzerweichende Briefe an die Bäckermeister zu schreiben. Hier so eine duftende Blüte:

Geehrte Frau Weiße

Theile Ihnen hierdurch mit das ich in Chemnitz von einem Bekannten erfahren habe, das Ihr Geselle gekündigt hat, sollte diese Aussage auf Wahrheit beruhen wäre ich nicht abgeneigt bei Ihnen zu arbeiten. Bin 30 Jahre alt habe jetzt zuletzt in der Chemnitzer Brodfabrik zwei Jahre gearbeitet, kan in jeder Arbeit dort und bin sollet könnte vieleicht auch ein mahl mit Ihnen mündlich darüber sprechen geehrte Frau Weiße bitte theilen Sie mir umgehent mit wie Sie gesonnen sein.
Hochachtungsvoll
Wilhelm Gündel, Alt-Chemnitz Südr. 26.

Frau Weiße war nicht „gesonnen“, „vieleigt“ auch „ein mahl“ den „solleten“ Wilhelm in Arbeit zu nehmen, obwohl er in jeder Arbeit „vort“ kann, sondern sie hat das Geschreibsel unserem Mitglied ausgehändig.

Gelbe Sparteorie in der Praxis. Wie man recht schnell Brodfabrikbesitzer nach bekannter Sparteorie werden kann, beweist folgender Vorfall: Der Bäcker und Konditor Wendland wußte nicht, wie er die nötigen Moneten zusammenbekommen sollte, um Brodfabrikbesitzer zu werden. Da kam er auf die fixe Idee, wertvolle Paletots, Stöcke und Hüte aus Vergnügungsortlichkeiten zu entwenden, um dieselben dann an Tröbler oder an seine Kollegen zu verfilbern unter dem Vorwande, daß sie ihm nicht passen oder nicht gefallen. Diese Einnahmequelle ermöglichte ihm, auf großem Fuße zu leben und mit Offizieren und Großkaufleuten zu verkehren. Das Geld, das er als Bäcker verdiente, kam stracks zur Spartasse, denn es wurde ja gebraucht, um Fabrikbesitzer werden zu können. Aber o weh, die Freuden waren nicht von langer Dauer; der Arm des Landgendarmen hat ihn gefaßt und nach Nummer Seider gebracht. Ob seine Entlassung aus der Unterjuchungshaft mit Rücksicht auf seine echt gelbe Meistertreue und seine Treue zu König und Reich erfolgte, entzieht sich unserer Kenntnis — genug, er genos nach 14 Tagen die Freiheit wieder in vollen Zügen. Als aber seine Aburteilung bevorstand, und seine schönen Pläne und Luftschlösser zusammenzubrechen drohten wie ein Kartenhaus, blieb ihm weiter nichts übrig als der Revolver. Schwer verletzt wurde der Selbstmörder ins Krankenhaus gebracht. So ist es, wenn einer unter allen Umständen Meister werden will, weil ihm Hartmann und Genossen dieses Ideal gar zu leicht erreichbar geschildert haben. Speziell hier in Königsberg sehen wir es, daß das Selbständigwerden ein eigenes Ding ist. Wenn ein Kollege sich einige Groschen zusammengespart hat, so möge er sich einmal in der Nähe des Obermeisters Wicandt festsetzen. Gleich wird an ihm der Paragraph des Brüderchaftsstatus angewandt, der da lautet: Der Meisterverein ist verpflichtet, Gesellen, die selbständig werden, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Aber fragt mich nur nicht wie. Die Kapitalkraft des Obermeisters ermöglicht es demselben, dem jungen Anfänger den Garauß zu machen.

Kollegen von Königsberg! Ähnliche Fälle könnten viele angeführt werden. Aber es kommt die Zeit, wo auch die

Königsberger Kollegen aufwachen werden und sich nicht mehr über den Löffel barbieren lassen. Und so rufen wir Euch zu: Hinein in den Verband der Bäcker und Konditoren. Organisiert Euch, damit auch hier andere Lohn- und Arbeitsbedingungen Platz greifen und wir freie Menschen werden.

Gründliche Durcharbeitung. Schon wieder — es ist nun wohl zum dritten Male — zeigt unser Freund Wilhelm in den „Leimruten“ an, daß die angekündigten Auszüge aus unserem letzten Verbandstagsprotokoll nochmals „einer gründlichen Durcharbeitung bedürfen und deshalb für die nächste Nummer zurückgestellt werden mußten“. Er bringt als Ersatz einstweilen eine kleine Auslese aus unserem „Anfangslegikon“. Uns dauern nun die gelben Schächeln aber doch! Wie lange sollen ihnen denn die schrecklichen Geschichten aus dem Verbandslager, die in dem Protokolle zu finden sind, noch vorenthalten werden? Es ist ja geradezu empörend, die Neugierde auf eine so harte Folter zu spamen! Wir erbiten uns, dem Freunde Wilhelm die noch vorhandenen Protokolle — solange der Vorrat reicht — zum Selbstkostenpreise abzugeben, damit er einfach allen Bundesmitgliedern ein Originalexemplar überreichen kann und sich nicht so schrecklich mit den Auszügen abplagen muß. Aber halt — das geht ja auch nicht! Der Bundespräsident weiß doch leider nicht einmal genau, wieviel Vereine dem schönen Bunde angeschlossen sind. Da werden die „Handwerkstreuen“ doch warten müssen, bis Hartmann den Stoff noch einmal „gründlich durcharbeitet“ und in den Leimruten abgelagert hat.

Gott erhalte Wilhelm und Gustav. Der in heutiger Nummer veröffentlichte Quartalsbericht wird unter unseren Berliner Mitgliedern sicher obigen Wunsch laut werden lassen. Während im zweiten Quartal 28 354 Beiträge in der dorrigen Mitgliedschaft gezahlt wurden, sind es im dritten 2800 mehr, also 31154. Wir schlagen vor, den beiden Verbandsverrichtern Wilhelm und Gustav eine Dankadresse zu schicken. Die Obermeister Schmidt und Willebille werden hoffentlich den Einband dazu liefern.

Dem wahrheitsliebenden Hartmann ins Stammbuch. In Nr. 20 der „Bundeszeitung“ wird unter der Ueberschrift: „Ein Gewaltstreik in Darmstadt“, frank und frei geschrieben: Beim Verlassen des Saales stürzten sich Verbändler auf unseren Vorsitzenden, um ihm ihre Gesinnung einzublauen. Einige gingen sogar mit dem Messer vor. Der Hauptmessenheld wurde verhaftet, sowie gegen mehrere Kaufbolde Strafantrag gestellt.“ Kaum glaublich ist es, daß in wenigen Sätzen solviel Unwahres berichtet werden kann. Dieses Kunststück hat jedoch mit Leichtigkeit der der Bundesblattredaktion wohlbekannte Darmstädter Berichterstatter fertig gebracht. In Darmstadt selbst ist keinem Menschen davon etwas bekannt, daß Verbandskollegen nach der Versammlung am 29. September gegen die Gelben mit dem Messer vorgegangen wären; auch davon weiß kein Mensch etwas, daß der Verhaftete ein Mitglied des Verbandes ist. Doch der Darmstädter Berichterstatter machte sich keine Gewissensbisse daraus und brachte es fertig, in wenigen Worten die niederträchtigste Verleumdung gegen unsere Organisation niederzuschreiben.

Kollege Dengel, welcher wiederholt Drowitz vor Schlägen schützte, schickte an die Redaktion des „Bundesblattes“ nach-

folgende Berichtigung:

An die Redaktion des „Deutscher Bäcker- und Konditorerzgehilfen“.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich höflichst um Aufnahme nachstehender Berichtigung in der nächstercheinenden Nummer Ihres Blattes. In Nr. 28 des „Deutscher Bäcker- und Konditorerzgehilfen“ veröffentlichten Sie auf Seite 228 einen Bericht mit der Ueberschrift: „Ein Gewaltstreik in Darmstadt“, welcher in folgenden Sätzen Unwahrheiten enthält; es heißt u. a.: „Beim Verlassen des Saales stürzten sich die Verbändler auf unseren Vorsitzenden, um ihm ihre Gesinnung einzublauen. Einige gingen sogar mit dem Messer vor. Der Hauptmessenheld wurde verhaftet, sowie gegen mehrere Kaufbolde Strafantrag gestellt.“ Wahr ist, daß ich beim Verlassen des Saales wiederholt unorganisierte Gehilfen und ehemalige Mitglieder des Bundes zurückhalten mußte, um nicht fälschlich gegen den Vorsitzenden des Bundes zu werden. Wahr ist, daß ich persönlich Drowitz vor Schlägen schützte. Es ist unwar, daß Verbandsmitglieder gegen Angehörige des Bundes mit dem Messer vorgingen. Wahr ist, daß sich an der Schlägerei keine Verbandsmitglieder beteiligten. Es ist unwar, daß der Hauptmessenheld, der verhaftet wurde, dem Verbands angehört; ebenso wie es unwar ist, daß aus anderen Verufen die Messerhelden eventuell zusammengetrommelt wurden. Wahr ist, daß die Einberufer alles taten, um irgendetwelche Reibereien zu verhindern.

Eugen Dengel, Bezirksleiter,
Wiesbaden, Sebanstraße 5, Hs. 1, r.

Doch Herr Hartmann, „der gewaltige Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit“, als Verbreiter der elenden Verleumdung, wußte sich zu helfen. Er unterschlug einfach die Berichtigung und veröffentlichte statt dieser in Nr. 21 der Bundeszeitung die Notiz:

„Zum Gewaltstreik in Darmstadt. Der Verbandsbezirksleiter Eugen Dengel-Wiesbaden sendet uns auf Grund des Preßgesetzes eine Berichtigung, welcher wir die Aufnahme verweigern, weil in derselben offenbar (III D. B.) Behauptungen aufgestellt werden, welche der Wahrheit nicht entsprechen.“

Wso die Unwahrheiten, welche „offenbar“ in der Berichtigung vorhanden sein sollen, kann Herr Hartmann nicht beweisen; er vermutet nur, daß die Berichtigung nicht der Wahrheit entspricht. Sein Verantwortungsgefühl ist so schwach, daß er es gar nicht der Mühe wert erachtet, nähere Informationen über den Sachverhalt einzuziehen.

Lohnt es, eine eingehende Kritik an dem Verhalten Hartmanns zu üben? Wir meinen nein! Der deutsche Sprachschach hat zwar auch für die wertvollsten Handlungswerte passende Bezeichnungen, aber ihre Anwendung erübrigt sich, da diese neueste Tat Hartmanns in den Augen jedes anständigen Menschen sich selbst richtet.

Wir sehen auch davon ab, den Herrn gerichtlich zu einer Berichtigung zu zwingen, da wir uns mit ihm nur so wenig wie möglich befassen wollen.

Zur Arbeitslage.

Während auf einer Seite, dank unserer famosen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zur Zeit Tausende und Abertausende fleißiger Arbeitskräfte brachliegen und der Not und dem Elend preisgegeben sind, werden in anderen Teilen unseres weitzweigigen Wirtschaftsbetriebes Leberstunden und Doppelschichten in Menge geleistet, um dem Agott der großen Masse, genannt Mode und Saison, gerecht zu werden. In letzter Zeit sind eine ganze Anzahl Industrien von Saisoninflüssen ergriffen worden, namentlich im Bekleidungsgebiete. Der Winter stand vor der Tür, und damit begann für die Arbeiter in der Konfektionsindustrie, Gutindustrie, Bugfederindustrie, Korsettindustrie usw. eine kurze Periode emigrierten Schaffens, um allen Wünschen und Anforderungen gerecht zu werden. Bald, sehr bald werden jedoch auch diese Arbeiter sich wieder zu ihren Schicksalsgefährten in der Maschinen- und Metallindustrie, Gemischen und Textilindustrie usw. gesellen, die schon seit langen Monaten von der wirtschaftlichen Krise schwer betroffen werden, ohne Aussicht zu haben, daß bald bessere Verhältnisse eintreten. Das „Reichsarbeitsblatt“ schreibt über die Arbeitslage im Monat September, daß in einer Anzahl von Saisongewerben die alljährlich um diese Zeit erfolgende Belebung einsetzte, während in einigen Zweigen der deutschen Großindustrie die rückläufige Bewegung anhält. So war die Hoheisenindustrie nach wie vor unbefriedigend beschäftigt, die Hoheisenbörse sammelt sich immer mehr an. Auch in den Eisengießereien hat sich die unbefriedigende Lage kaum geändert. Der Geschäftsgang in den Baumwollspinnereien war infolge des Mangels jeglicher Kaufkraft andauernd ungunstig. Auch die chemische Großindustrie klagt nach wie vor über den Mangel an Exportaufträgen. Im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebietes trat eine Abschwächung ein, da die Abrufe der Industrie weiter abnahmen; die anderen Bezirke waren gut mit Arbeit versehen. Die Stahl- und Walzwerke waren, soweit Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen in Betracht kommen, ungefähr in gleichem Umfang wie im Vorjahr beschäftigt. — Die erhoffte Verbesserung der Bautätigkeit trat nicht ein, infolgedessen herrschte an vielen Orten ein Leberangebot von Arbeitskräften. Eine Verbesserung brachte der September insbesondere den Bekleidungsberufen; eine Besserung vollzog sich auch im Handelsgewerbe. Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen zeigte sich am 1. Oktober d. J. im Vergleich zum 1. September eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um 25 000 Personen, während die Zunahme im Vorjahre bei den gleichen Kassen nur 18 459 Personen betrug. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Abnahme in den Vormonaten dieses Jahres viel größer war als in den gleichen Monaten des Vorjahres und daß die jetzige Zunahme sich auf die weiblichen Arbeitskräfte beschränkt!

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt für den Monat September berichtenden Arbeitsnachweiser ist gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Vermehrung der Arbeitsgesuche um rund 30 000 eingetreten, der eine Verminderung der offenen Stellen um rund 42 000 und der bestellten Stellen um rund 18 000 gegenüberstand. Ueber den Umfang der Vermittlungstätigkeit wird gesagt, daß für männliche Arbeitsuchende rund 220 000 Gesuchen rund 181 000 offene Stellen und 85 000 Vermittlungen und für weibliche Arbeitsuchende rund 53 000 Gesuchen rund 59 000 offene Stellen und rund 34 000 Vermittlungen gegenüberstanden. Diese Ziffern charakterisieren lediglich den Umfang der Vermittlungstätigkeit, Schlüsse aus den Ziffern sind mit Vorsicht zu ziehen. Dagegen lassen die gewonnenen Ergebnisse innerhalb der einzelnen Berufe allgemeine Schlüsse zu.

Für uns kommen hierbei lediglich die Berufe in Betracht, die unser Verband umfaßt. Bei den Facharbeitsnachweiser der Bäcker sind gegen den gleichen Monat des Vorjahres im Monat September fünf Arbeitsuchende weniger gebucht worden; dagegen wurden 507 offene Stellen und 426 Vermittlungen weniger registriert. Bei den Facharbeitsnachweiser der Konditoren sind 13 Arbeitsgesuche, 20 offene Stellen und 5 Vermittlungen weniger gebucht worden. Aus den Zahlen ergibt sich, daß die Verhältnisse innerhalb unseres Berufs sich weiter verschlechtert haben, namentlich bei den Bäckern, was nicht weiter verwunderlich ist, da wir stets von einer allgemeinen Krise mit erfaßt werden. Ueber die Arbeitslage in der Konditorbranche schreibt das „Reichsarbeitsblatt“: Die Lage in der Zuckerwarenindustrie wies keine Veränderung im Vergleich zum Vormonat auf, während sonst im September die Beschäftigung stärker war. In einer Reihe von Fabriken wurden Feierschichten eingelegt, in mehreren Betrieben wurden die Löhne gekürzt. Das Angebot von Arbeitern war stärker als in früheren Jahren. Für die Kaffeebrenner liegen nur spärliche Nachrichten vor, die zufriedenstellend lauten.

Wie sich die Arbeitslosigkeit in unserem Beruf weiter ziffernmäßig gestaltet, geht aus der Uebersicht hervor über die „Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden“, die wir in nächster Nummer wiedergeben.

Ein einsichtiger Handwerksmeister.

Daß auch solche Kleinhandwerker, die mit offenen Augen ihre wirtschaftliche Lage betrachten, Anzeichen bekommen, die zu den üblichen handwerkstreitenden Maßnahmen im schroffen Gegensatz stehen, beweist die Zuschrift eines Böttchermeisters an die „Allgemeine Böttcherzeitung“. Der Betreffende äußert sich zu dem Zusammenschluß der Böttchermeister zu einem Verbande und schreibt zum Entsetzen anderer Unternehmerblätter:

„Es wird uns Böttchern geraten, einen Verband zu schließen. Dieser Weg ist meiner Ansicht nach grundfalsch; denn dann würden uns die Großfabrikanten mit ihren billigen Preisen erst recht abwürgen. Der einzige Weg ist der, zum Sozialismus überzugehen und dem Kapitalismus den Krieg zu erklären. Gerade der Kapitalismus ist es, der alles unterdrückt, keine Barmherzigkeit kennt, den Menschen aufs äußerste treibt und sogar zum Verbrecher werden läßt. Ich bin nun schon 23 Jahre in Kaufmann als Böttcher tätig und seit dieser Zeit sind an 15 selbständige Böttcher zu Grunde gegangen, die, um nicht dem Hungertode entgegenzugehen, gezwungen worden sind, als Lohnsklaven in Fabriken zu arbeiten. Auf's tiefste muß ich es bedauern, daß die selbständigen Meister sich schämen, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, und hierin sehe ich auch die Ursache, weshalb denselben nicht geholfen werden kann.“

In der heutigen Zeit, in der die Industrie alles beherrscht, ist der Sozialismus die einzige Rettung für die Menschheit; aber leider besteht die Gefahr, daß die Meister fast ohne Ausnahme am Patriotismus festhalten. Doch die Zeit der Not wird sie das Richtige erkennen lernen, mögen sie die Sozialdemokraten als noch so gott- und vaterlandslos beschimpfen. Die kapitalistischen Zustände in der bestehenden Form sind nicht mehr zu ertragen und mit Riesenschritten gehen sie ihrem Untergange entgegen. Wer das politische Feld überblickt, wird sich sagen müssen, daß es auf diese Weise nicht mehr weitergehen kann.“

Solche einsichtigen Stimmen aus Meisterkreisen werden wir in den Innungsorganen unserer Branche vergebens suchen. Bis über den Kopf noch in zünftlerischen Vorurteilen stehend, erblicken dieselben in der Sozialdemokratie nur die „Unsiurpartei“, die bemüht ist, durch Erhebung und Durchführung sozialpolitischer Forderungen für die arbeitende Bevölkerung die Unternehmerkreise in ihrem Erwerb zu schädigen. Sie fühlen täglich die Schläge des Kapitalismus, sie sehen, wie durch die Konkurrenz der Großbetriebe so viele ihrer nicht kapitalkräftigen Kollegen gezwungen sind, die Bäckerei aufzugeben und ihr Brot wieder als Arbeiter zu verdienen, aber der Haß gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiterorganisationen läßt es nicht zu, der Wahrheit die Ehre zu geben, und so wird in Unternehmerkreisen gegen die Arbeiter gewütet, während der wahre Feind, der Kapitalismus, eifrig seinen notwendigen Entwicklungsgang weiternimmt.

Sieinen notwendigen Entwicklungsgang! Denn noch ist derselbe in unserem Berufe im Anfangsstadium, und erst die Zeit wird den kleinen kapitalistischen Bäckern die wahre Gestalt des Kapitalismus vor Augen führen. Dann wird Not lehren, wie dem Böttchermeister im obigen Artikel.

Internationales.

Aus Oesterreich. Für den Bäckerschutz. Der Zusammentritt des Parlaments ist für den 17. Novbr. bestimmt worden, und bis dahin tritt die Aktion für den Bäckerschutz äußerlich in die Erscheinung in Gestalt von 55 Demonstrationsversammlungen. Die Bäckereiarbeiter in Oesterreich werden, gestützt auf die Daten der reichhaltigen Statistik, in diesen Versammlungen dokumentieren, dass es ihnen mit ihrer Forderung um einen ausreichenden Schutz ihrer Gesundheit und ihrer Arbeitskraft voller Ernst ist. Laut und deutlich wird der Klang ihrer Stimme in die Öffentlichkeit dringen, bekundend, dass der Bäckerschutz eine soziale Notwendigkeit ist, die einfach von seiten der Gesetzgebung als solche auch eingelöst werden muss. Die Bäckereiarbeiter werden nicht früher rasten und ruhen, bis dieses Werk der Humanität und sozialer Fürsorge erfüllt ist, erfüllt in einer ihnen gerecht werdenden Weise.

Nach der vom Verbands der Bäckereiarbeiter Oesterreichs aufgenommenen Statistik, die 7000 Gehülfen umfasst, arbeiten nur 34,69 pZt. der Gehülfen bis 10 Stunden täglich (nach Abrechnung der Pausen), während 65,31 pZt. der Gehülfen eine effektive Arbeitszeit von 10½ bis 19 Stunden täglich haben. Die Zahl jener Gehülfen, die 12 Stunden und mehr täglich effektiv arbeiten, beträgt 36,19 pZt. und noch 12,29 pZt. arbeiten 14 Stunden täglich und darüber. Viel schlimmer noch sieht es aus mit der Arbeitszeit bei den Lehrlingen, von denen sogar 75,10 pZt. eine effektive Arbeitszeit von 10½ bis 19 Stunden haben, 44,21 pZt. von 12 bis 14 Stunden, 28,24 pZt. über 14 bis 19 Stunden! Diese entsetzlichen Daten, betreffend die Arbeitszeit im Bäckergewerbe, zeigen mit einer unverrückbaren Klarheit, wie schonungslos die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeiter der unlauteren Profitwut der Unternehmer ausgeliefert sind, und von welchem eminent kulturellen Werte die Schaffung eines Bäckerschutzgesetzes sowohl für die Bäckereiarbeiter wie auch für die gesamte Bevölkerung sein muss.

In bezug auf die Einhaltung des gesetzlichen Ersatzruhetages zeigt die Statistik, dass dieser in Wien von 4825 befragten Gehülfen bei 3268 wöchentlich durch Entfall einer ganzen Schicht, bei 189 Gehülfen alle 14 Tage, bei 215 Gehülfen durch zweimal 6 Stunden in der Woche, bei 53 Gehülfen dem Gesetze nicht entsprechend und bei 389 Gehülfen gar nicht eingehalten wird. Hier ist also eine gewaltige Besserung gegen die statistischen Daten vom Jahre 1897 aufzuweisen, die auch in den Alpen- und südlichen Ländern zum Ausdruck kommt; hingegen wird das Ersatzruhegesetz in Mähren, Böhmen, Schlesien und Galizien zu einem sehr geringen Teil eingehalten, was vorwiegend auf die noch schwache Organisation der Arbeiter in diesen Ländern zurückzuführen ist. Die Behörden verhalten sich demgegenüber ganz passiv, sie stehen einfach unter dem nicht zu unterschätzenden Einfluss der reichen Bäckermeister. Schlimmer sieht es aus bei den Lehrlingen. Von 1525 befragten Lehrlingen haben nur 12 pZt. wöchentlich den ganzen Ruhetag, 18 pZt. einen teilweisen und 70 pZt. der Lehrlinge gar keinen Ruhetag.

Ueber Kost und Logis werden wir noch berichten. Das eine ist jedoch auch hier richtig, dass in Mähren, Schlesien und Böhmen den Gehülfen die Kost und das Logis im Hause des Meisters gegeben werden, ja dass selbst Galizien in dieser Beziehung die Sudetenländer zurücklässt. Hingegen ist in Wien und den Alpenländern auch nach dieser Richtung eine gewaltige Besserung aufzuweisen.

Den Versammlungen, die nun die Aktion um den Bäckerschutz eröffnen, wird nachfolgende Resolution zur Annahme vorgelegt:

„Wohl kaum in einem Gewerbe wird die Arbeitskraft in solch rücksichtsloser Weise ausgenutzt als im Bäckergewerbe. Ist die dauernde Nacharbeit an sich dem Organismus schädlich, so wird diese nachteilige Einwirkung noch verschärft durch die im allgemeinen gesundheitswidrige Beschaffenheit der Arbeitsräume, der in diesen herrschenden Atmosphäre und ins Vielfache verschlimmert durch die lange, unbeschränkte Arbeitszeit.“

Solche Zustände schädigen nicht nur die Gesundheit der Bäckereiarbeiter auf das schwerste, machen sie frühzeitig altersschwach und arbeitsunfähig, sie untergraben auch ihre Daseinsfreude und ihr Familienglück. Auch

das konsumierende Publikum wird dadurch betroffen, da die Backware unter Umständen hergestellt wird, die den hygienischen Anforderungen nur zu oft ins Gesicht schlagen.

Die Bäckereiarbeiter verlangen deshalb, dass, so wie in zahlreichen anderen Staaten, auch in Oesterreich ein Schutzgesetz für die Arbeiter des Bäckergewerbes geschaffen werde.

Dieses Schutzgesetz müsste als wesentlichste Punkte enthalten:

1. Absolutes Verbot der Nacharbeit für Frauen überhaupt und für Hilfsarbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.

2. Festsetzung einer zehnstündigen Maximalarbeitszeit inklusive einer einstündigen Pause, die sich stufenweise verringert mit der Dauer der Verwendung der Arbeiter zur Nachtzeit.

3. Festsetzung einer Maximalarbeitszeit von acht Stunden inklusive einstündiger Pause für Fabrikbetriebe.

4. Verbot der regelmässigen Verwendung der Arbeiter zur Nachtzeit in grösseren und in Fabrikbetrieben.

5. Bemessung der Ersatzruhe durch Entfall einer Arbeitsschicht in jeder Woche.

Ferner ist die besondere Regelung der sanitären Vorschriften für die Bäckereien ein Gebot dringender Notwendigkeit.

Die Versammlung nimmt es freudig zur Kenntnis, dass der Vorstand des Verbandes der Bäckereiarbeiter Oesterreichs bereits entsprechende Gesetzentwürfe fertiggestellt hat, die demnächst im Parlament durch den Verband sozialdemokratischer Abgeordneter eingebracht werden sollen. Sie erachtet es als die selbstverständliche Aufgabe aller Bäckereiarbeiter, das notwendige Werk des Bäckerschutzes mit allen ihren Kräften zu fördern und durch den Beitritt zur Organisation dieser die physische und moralische Kraft und Ausdauer zum endlichen Sieg unserer gerechten Sache zu verleihen.“

Z. J.

Fünfter Kongress der französischen Nahrungsmittelarbeiterföderation. Der Kongress begann am 28. September in der Arbeiterbörse zu Bordeaux. Die Mandatprüfungskommission berichtet, dass 64 der angeschlossenen Syndikate durch 32 Delegierte vertreten sind, ausserdem nimmt Baumeister-Berlin als Vertreter der Internationalen Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten an den Verhandlungen teil. Um den Gefühlen der Internationalen Solidarität lebhaften Ausdruck zu geben, wird Baumeister zum ersten Vorsitzenden des Kongresses gewählt.

Die Tagesordnung ist ungemein reichhaltig. Ueber 30 Punkte stehen zur Diskussion. Den Kassenbericht gibt Tillier. Allgemein wird über Geldmangel geklagt, der ungemein lähmend wirkt auf die Arbeit der Föderation.

Die Föderation ist sehr lose organisiert. Das einzige Bindemittel sind eine monatlich erscheinende Zeitung und — die Beiträge. Sie umfasst die Kategorien der Lebensmittelbranche, die jedoch einzeln organisiert sind, wie Bäcker, Metzger, Müller, Konditoren, Köche, Kellner etc. An Beitrag hat jedes Syndikat 20 Centimes (16 Pfennig) pro Monat und Mitglied zu zahlen. Eine Kontrolle hierüber ist schlecht möglich, so dass die meisten Gewerkschaften zu wenig abführen; denn sonst würde die Föderation bedeutend mehr als 2000 Mitglieder haben. Für diese Zahl werden zur Zeit nur Beiträge abgeführt. Um diesen Zustand zu ändern, wird beschlossen, für alle Mitglieder der Föderation ein gemeinsames Mitgliedsbuch und Beitragsmarken einzuführen. Da man annimmt, dass die Zahl der Beiträge dadurch ungeheuer steigen wird, setzt man den Monatsbeitrag auf 15 Centimes herab. Dieser Beschluss kann als ein erfreulicher erster Schritt zur notwendigen Zentralisation betrachtet werden.

Das gleiche ist der Fall mit der neuen Bestimmung, dass Mitglieder eines Syndikats, die ausgeschlossen wurden, das Zentralkomitee anrufen können. Wenn Syndikate aus der Föderation ausgeschlossen werden, können sie die Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangen, das eventuell den Ausschluss aufheben kann. Sehr interessant waren die Debatten über die Unterstützungsvereinigungen, die Unternehmer und Arbeiter umfassen und in den letzten Jahren in Frankreich eine ungeheure Ausdehnung genommen haben: man zählt etwa 20 000 Vereine mit über 4 Millionen Mitgliedern. Die radikale Richtung der französischen Gewerkschaften verwirft aber auch jede Unterstützungseinrichtung in der Gewerkschaft. Baumeister-Berlin zeigt an der Hand von Statistiken, die übersetzt den Delegierten vorliegen, dass die Unterstützungseinrichtungen der deutschen Gewerkschaften den Kampfcharakter derselben durchaus nicht beeinträchtigt, wohl aber ihnen eine grosse Stabilität und ungeheure Ausdehnung gegeben haben. Von den meisten Delegierten wird denn auch empfohlen, derartige Einrichtungen zu schaffen. Bei einigen Gewerkschaften bestehen sie schon, aber nur fakultativ.

Die Agitation sollte nach dem Beschlusse des letzten Kongresses (1906) durch einen festangestellten Kollegen besorgt werden, doch war derselbe (Bosquet) fast ständig im Gefängnis wegen politischer „Vergehen“. Der Vorstand wird beauftragt, ihn, sobald in Freiheit, oder einen anderen Kollegen mit der ständigen Propaganda zu betrauen.

Bezeichnend ist auch, dass eine grosse Anzahl von Sektionen Wünsche an die Gesetzgebung unterbreitet, obwohl gerade die Nahrungsmittelarbeiter-Föderation noch bis vor kurzem zu jenen Organisationen gehörte, die sich „Anti-Parlamentarier“ nannten. So wird von 15 Sektionen die strikte Durchführung des Gesetzes über den wöchentlichen Ruhetag verlangt, 13 Sektionen verlangen Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Nacharbeit, des Kost- und Logiszwanges, der Abgaben, des Tronksystems, Vorschriften für die Hygiene, Regelung des Lehrlingswesens.

Ein heikler Punkt im Gewerkschaftsleben ist die staatliche bzw. städtische „Subvention“, welche die meisten Gewerkschaften, angeblich zur Entschädigung für die Kosten ihrer Arbeitsnachweise, beziehen. Die Behörde stellt ihnen nicht nur Bureau- und Versammlungsräume gratis zur Verfügung, sondern überreicht ihnen sogar noch namhafte Summen, ohne die manche Gewerk-

schaften ihren Sekretär kaum halten könnten. Durch dieses System sind jedoch die Organisationen in ein ungesundes Abhängigkeitsverhältnis geraten, und viele Gewerkschaftler haben in letzter Zeit versucht, durch Einführung höherer Beiträge sich von jenen Einflüssen freizumachen. Auch der Kongress in Bordeaux nahm eine dahin zielende Resolution an, die den angeschlossenen Syndikaten den Rat gibt, „die Möglichkeit zu erwägen, in naher Zukunft von den eigenen Mitteln zu leben, ohne auf irgendwelche Subvention der Behörden angewiesen zu sein“. Ein Delegierter verlangte zwar, die Annahme von Subventionen müsse ganz untersagt sein, doch musste er sich belehren lassen, dass eine solche Massregel gegenwärtig die Existenz vieler Organisationen in Frage stellen würde. So war ein Teil der Kongressteilnehmer sogar mit Hilfe besonderer städtischer Subventionen nach Bordeaux gekommen.

Eine rege Debatte rief auch die Frage der Stellenvermittlung hervor. Zwar sind in Frankreich die Privat-Plazierungsbureaus aufgehoben und die Vermittlung geschieht jetzt „kostenlos“ durch Vereine, die dieses Monopol schamlos ausnutzen. Zum ersten Male wurde ein Vorschlag gemacht, kommunale Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage zu fordern. Franchet, der diesen Antrag begründete und ausführlich die Entwicklung des Arbeitsnachweises in Frankreich und Deutschland schilderte, betonte sofort, dass er auf Annahme seiner Resolution noch nicht rechne, da diese Frage unter den Delegierten nicht genügend geklärt sei. Man beschloss demnach auch nur, darauf hinzuwirken, dass die Stellenvermittlung aus der Tätigkeit der Gewerkschaften ausscheide, da sie dieselbe schädlich beeinflusse.

Interessant war die Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung. Noch vor zwei Jahren hatte die Föderation in Marseille beschlossen, den Achtstundentag einzuführen, während diesmal der gleiche Beschluss mit einer einschneidenden Einschränkung gefasst wurde: die Gewerkschaften sollen nach Möglichkeit für die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 und 9 Stunden, für die strikte Einhaltung des wöchentlichen Ruhetages wirken, ferner die Abschaffung der Nacharbeit in den Bäckereien, Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, der Abgaben und Tronks anstreben.

Der Kongress gibt den Organisationen die Möglichkeit, zur Erreichung ihrer Ziele alle Mittel ohne Ausnahme anzuwenden, d. h. sowohl politische wie auch, wie das in Frankreich stets besonders betont wird, den Generalstreik. Vor allen Dingen jedoch soll eine stärkere und straffere Organisation geschaffen werden, die Bewegungen in ungünstigen Zeiten verhindern, im rechten Augenblick aber auch mit Erfolg durchführen kann.

Nachdem noch die üblichen Resolutionen für den Anti-Militarismus und gegen den Alkohol besprochen und angenommen waren, wurde eingehend die Notwendigkeit grösserer Zentralisation der Gewerkschaften erörtert und der Vorstand beauftragt, unter den Gewerkschaften und der einzelnen Industrien Einigungsverhandlungen einzuleiten, damit die vielen kleinen, kaum lebensfähigen Syndikate zu grösseren leistungsfähigen Organisationen verschmolzen werden können.

Das neue Föderations-Komitee besteht aus den Sekretären Laval (Spezereihandlungs-Angestellter), Tillier (Zuckerbäcker) und Protat (Kellner) als Kassierer. Der nächste Kongress wird 1910 in Algier (Nordafrika) stattfinden.

Im allgemeinen darf von den Beratungen unserer französischen Kollegen gesagt werden, dass sie, wenn auch in temperamentvoller Weise, so doch sachlich und nach Möglichkeit auch gründlich die vielen zur Verhandlung stehenden Fragen zu lösen versuchten. Sicherlich bedeutet der Kongress eine grosse Wendung der französischen Föderation zu praktischen gewerkschaftlichen Mitteln und Zielen. Der Einfluss der, wenn auch jungen, internationalen Union kam hier schon unverkennbar zum Ausdruck. Sicherlich werden die gefassten Beschlüsse dazu beitragen, die Organisation für den täglichen Kampf zu stärken, sie in den Stand zu setzen, dem geeinten Unternehmertum die ebenso stark organisierte Arbeiterschaft entgegenzustellen, um die aufgestellten Forderungen auch mit dem nötigen Nachdruck vertreten und erfolgreich durchsetzen zu können.

Allgemeine Rundschau.

Wertvolles Geständnis eines „christlichen“ Arbeitersekretärs. Die Frage, weshalb es keine „christlichen“ Unternehmerverbände gibt, hat in der überraschendsten Weise der „christliche“ Arbeitersekretär Junke (München) in einer christlichen Bergarbeiterversammlung in Penzberg (Oberbayern) gelöst. Er meinte: „Die Unternehmer sind nicht so dumm wie die Arbeiter.“ Da diese sehr stark besuchte Versammlung hauptsächlich aus Anhängern des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes bestand, so kann man sich denken, daß die Mitteilung Junkes mit stürmischer Heiterkeit und Gänbelatschen aufgenommen wurde, das sich wiederholte, als Junke von neuem die Behauptung in den Saal schrie.

Also die Unternehmer sind nicht so dumm, „christliche“ Verbände zu gründen, sie bereinigen sich mit Juden und Nichtchristen, auch mit Gottesleugnern in einer Organisation und vertreten ihre gemeinsamen Interessen so am vorteilhaftesten. Aber die „christlichen“ Arbeitersekretäre, die dieses ganz genau wissen, halten die Arbeiter für so dumm, daß sich ein Teil von ihnen in christliche Verbände absondern läßt, wo sie doch mit allen Arbeitern gemeinsame wirtschaftliche Interessen haben, die durch diese Zersplitterungstätigkeit geschädigt werden. Und obendrein werden die so von ihren Führern genutzten und geschädigten christlichen Arbeiter noch von denselben Führern verhöhnt, daß sie so dumm sind.

Es geschieht ihnen schon recht, warum sind sie auch so dumm!

Genossenschaftliches.

Die Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ in Varmen hat den Bericht über das Geschäftsjahr 1907/08 herausgegeben. Es traten der Genossenschaft im Laufe des Jahres

1498 neue Genossen bei, sie hatte am Schlusse des Geschäftsjahres einen Bestand von 10 289 Mitgliedern aufzuweisen. Der Warenumsatz betrug M 3 907 230,23; ein Mehr von M 598 469,06. Eine sehr gute Entwicklung hat die Bäckerei zu verzeichnen. Der Mehrumsatz an Backwaren gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres betrug M 126 310,14; dies ist gleichbedeutend mit einer Zunahme von reichlich 36 pZt. Der Gesamtumsatz an Backwaren betrug im verflossenen Geschäftsjahre M 682 161,60. Zur Herstellung der Backwaren waren 1 Bademeister und 16 Gehülfen erforderlich. gearbeitet wurde in zwei Schichten à 8 Stunden. Es wurden pro achtstündige Schicht und Arbeitskraft für M 127 Backwaren fertiggestellt. Die Gewinnberechnung der Bäckerei zeigt im Reingewinn einen nicht unbedeutenden Rückgang gegenüber dem Vorjahre, trotz erhöhter Ausnutzung der Betriebsanlage infolge größerer Produktion. Das ist ausschließlich auf die enorm hohen Mehlpreise im verflossenen Jahre zurückzuführen. Der Umsatz der Bäckerei betrug M 682 161,60; Bruttogewinn M 180 788,22, gleich 26,5 pZt. Verfaßt wurden 16 027 Zentner Weizenmehl, 8673 Zentner Roggenmehl und 7870 Zentner Roggenstrot, woraus insgesamt 1 586 409 Stück Brote und Kuchen hergestellt wurden. Aus allem ist zu ersehen, daß die Genossenschaft bestrebt war, einen Mutterbetrieb zu schaffen, und wollen wir hoffen, daß es auch so bleibt. Die Arbeit eines jeden Gliedes dieser großen Korporation muß immer von dem Bewußtsein getragen sein, der guten Sache zu nützen, seine ganze Kraft in den Dienst dieser Sache zu stellen. Es wird, wenn der gute Wille auf der anderen Seite nicht fehlt, immer ein gedeihliches Arbeitsverhältnis bestehen. Uns zu Ruh', den Segnern zum Trutz.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 3. November verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Mitglied

Frau Minna Grahn geb. Schilling

im Alter von 20 Jahren.

Wir werden derselben stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Mitgliedschaft Hannover-Linden.

Allen Mündener Bäcker- und Konditorengelüfen

empfehl ich zur Anfertigung von Herrens Garderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie

Georg Prem, Walterstr. 19/0.

X-u-O-Beine

verdeckt Triumph D. R. M. — Neu! — Keine Polster. Elegant, bequem. Masse unnötig. Angabe ob X oder O. Diskreter Versand. Prospekt gratis. Preis bei Vereinsendung Mk. 3,50 portofrei, bei Nachn. Mk. 3,95 portofrei. Adolf Benecke, Berlin W. 30/60, Frankenstr. 8.

Achtung, Raucher!

[M. 3] **Reelles Angebot!**

Habe mich entschlossen, eine große Partie **Regio**, Feinsorten einer hochfeinen 10 Zigarette, zum Selbstkostenpreis abzugeben. Preis pro 100 St. nur M. 5. Aufträge von 300 St. an portofrei. Garantie Zurücknahme, daher kein Risiko.

Zigarettenfabrik August Weyer, Würzburg.

NB. Bin seit 1887 gewerkschaftlich und politisch organisiert.

Unserem Kollegen **Martin Kaiser** nebst seiner lieben Braut zur Vermählung

die besten Glück- und Segenswünsche!

[M. 1] **Die Kollegen der Konsumbäckerei Hof.**

Unserem werten Schriftführer und Kollegen **Gustav Sigle** nebst seiner lieben Braut **Mina Sigle** zur Verlobung

die herzlichsten Glückwünsche!

[M. 2] **Mitgliedschaft Höchst a. M.**

Allen Dresdener Bäckergehüfen

empfehl ich mein freundliches, neu renoviertes Restaurant mit Billard.

Seben Dienstag, Donnerstag und Sonntag

:: Großer Bäckerverkehr ::

Gute Speisen und Getränke zu jeder Tageszeit.

August Heinrich,

Restaurant zur „Klosterschänke“, Lillengasse.

Gast- und Logierhaus Hamburg-St. Pauli, Silberfackstr. 17.

Treffpunkt aller Bäcker

von Hamburg, Altona, Wandsbek und Umgegend.

Von Tagesblättern liegen aus: „Hamburger Echo“, „Scheer Nachrichten“ und „Kostoder Nachrichten“.

H. Pfeifer, früher Zeughausmarkt 13. Telefon Amt I, 1130.

Hamburg-Altona

Beide Sektionen der Konditoren (Backgehüfen und Fabrikbranche)

Sonnabend, den 21. November 1908:

Grosses Herbst = Vergnügen

im Gesellschaftshaus „Thalia“, Neustädterstrasse No. 41/43

Gesang **Humoristische Vorträge** Grosse Verlosung

Unter gefälliger Mitwirkung der Liedertafel „Teutonia“ (Grobbacker)

Anfang 8 Uhr Ende ???

Karten im Verbandsbureau und bei den Vertrauensleuten; für Herren 30 M., für Damen 20 M. Einen genussreichen Abend versprechend, ladet die Kollegen und Kolleginnen, insbesondere auch unsere Verbandsgenossen, die Bäcker, zu recht zahlreichem Besuche ein

Das Festkomitee.

Zur Beachtung!

Heute ist der 48. Wochenbeitrag (15. bis 21. November) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Donnerstag, 15. November:

Wolfsdorf: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Celle:** Nachm. 4 Uhr bei Knoop, Friggenwiese. — **Gelsenkirchen:** Nachm. 4 Uhr bei Ingenhag, Hochstraße. — **Neunkirchen:** Bei Julius Schmidt, Bergstraße. — **Zeitz (Kombinierte, Bäcker, Konditoren und Müller):** Nachm. 3 Uhr im Kampfes Lokal, Schützenstr. 8.

Montag, 16. November:

Sersford: Abends 7 Uhr bei Hilbert, Brüderstraße.

Dienstag, 17. November:

Zwickau: Im „Brauereischlößchen“, Schloßstr. 2.

Mittwoch, 18. November (Festtag):

Bremen: Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 5/6 (Referent: Gauleiter Liescher). — **Breslau:** Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Coblenz und Umgegend (Große öffentliche):** Nachm. 4 Uhr im „Goldenen Ring“, Moselstraße 41. — **Cöln a. Rh., Wilhelm und Ralf (Große öffentliche):** Nachm. 3 Uhr im Volkshaus, Cöln, Severin-

straße 199. — **Königsberg:** Nachm. 3 Uhr im „Felsenkrug“ Kronenstr. 4. — **Leipzig (Bäcker):** Nachm. 4 Uhr im Volkshaus, Zeitzerstr. 32. — **Thale a. S.:** Im „Reichskanzler“, Güttenkauffee.

Donnerstag, 19. November:

Kaiserslautern: Nachm. 4 Uhr im Gasthof „Zur Burg“, Steinstr. 20. — **Lörrach i. W.:** Nachm. 3½ Uhr im „Meierhof“, Baselerstraße. — **Ludwigshafen:** Nachm. 3 Uhr „Zum alten bairischen Hefl“, Bismarckstr. 100. — **Wetz:** Bei Uhlemann, Karlstr. 4. — **Wismarsen:** „Zur Traube“, Schloßstraße. — **Spandau:** Bei Böhle, Neumeisterstr. 5.

Freitag, 20. November:

Braunschweig: Nachm. 3½ Uhr in Stegers Bierpalast, Stobenstr. 9.

Sonnabend, 21. November:

Cöln a. Rh. (Schokoladen- und Zuckerwarenarbeiter): Abends 9 Uhr im Volkshaus. — **Eberfeld:** Abends 8 Uhr im Volkshaus. — **Erztein (Konditoren und Tagelöhner):** Bei Albert Liptow, König Albersstr. 43.

Sonntag, 22. November:

Bremerhaven: Nachm. 4 Uhr bei Schlüter, Deichstr. 56. — **Vöckum:** Nachm. 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — **Odenburg i. Gr.:** Bei L. Schuhmacher, Kurbißstr. 28. — **Rostock:** Nachm. 2½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Weigenberg 10. — **Weiskensfeld:** Im Gewerkschaftshaus, Weseburgerstr. 16. — **Zeitz:** Nachm. 3 Uhr im Kampfes Lokal, Schützenstr. 8.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besenbinderhof 57. — Verlag von O. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.